

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **14./15. Parlamentssitzungen**
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2023/2024
vom 22. Januar 2024

von 17.00 – 18.35 Uhr und von 20.00 – 22.00 Uhr
(von 16.15 – 16.50 Uhr Einführung in neue Technikanlage)

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: B. Huizinga (EVP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 14. Sitzung: S. Casutt (AL)
14./15. Sitzung: R. Perroulaz (FDP), S. Gonçalves (Die Mitte/EDU), J. Fehr (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokolle der 10./11. und 12./13. Sitzungen	
2*	23.70 (DBM)	Sondernutzungsplan: - privater Gestaltungsplan «Ohrbühlstrasse» // Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: - Aufhebung Hofackerstrasse Kat. Nr. OB16592 vom Knoten Ohrbühlstrasse bis Knoten Stäffelistrasse (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	B. Zäch
3	23.89 (DBM)	Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000 für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776) (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	A. Geering
4*	23.80 (DBM)	Begründung der Motion G. Porlezza (FDP) betr. Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum	
5*	23.88 (DSO)	Begründung der Motion B. Helbling-Wehrli (SP), R. Dürr (Grüne/AL), N. Holderegger (GLP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Arbeitsmarkstipendien	
6*	24.1 (DBM)	Begründung der Motion K. Vogel (Die Mitte), O. Staub (SP), R. Dürr (Grüne) und M. Zehnder (GLP) betr. Festsetzung Erholungsgebiet Schweikhof, Reit- und Schiesssport	

ENTWURF

7*	23.87 (DTB)	Begründung des Postulats Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community
8	22.13 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft
9	22.66 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter
10	23.28 (DSS)	Beantwortung der Interpellation O. Staub (SP), T. Gschwind (SP), N. Wenger (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. gerechte Ressourcenverteilung in der Sportförderung
11	23.48 (DSS)	Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP), P.A. Werner (SVP), N. Holderegger (GLP), A. Zuraikat (Die Mitte) und A. Würzer (EVP) betr. Sporthallen-Kapazitäten nach dem Brand der Turnhalle Tössfeld
12	23.49 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Bekämpfung von Lehrpersonenmangel an den Volksschulen der Stadt Winterthur
13	23.50 (DSS)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), P.A. Werner (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte/EDU) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erfahrungen mit Personen ohne Lehrdiplom (Poldis) an den Volksschulen der Stadt Winterthur

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich möchte alle herzlich zur 14. und 15. Sitzung des Amtsjahrs 2023/2024 des Stadtparlaments Winterthur begrüßen – die allererste Sitzung hier in unserem neu renovierten Saal mit der Abstimmungstechnik. Wir haben vorgängig – für das Publikum zur Information – schon mal die Einführung gehabt und zur Probe abgestimmt. Jetzt wird sich dann zeigen, wie die Abstimmungsanlage läuft. Also ein herzliches Willkommen an alle, die hier sind.

Ganz besonders erwähnen und danke sagen für die Anwesenheit möchte ich der Künstlerin Theres Wey und ihrem Mann Thomas Rutherford, die beide hier sind. Ihr Bild hängt hier drüben. Wer mehr zur Kunst wissen möchte, der ist dann herzlich eingeladen am nächsten Samstag. Dann machen wir einen Tag der offenen Türe von 10 – 14 Uhr. Dann wird es hier offen sein und zum Teil werden auch Künstler anwesend sein. Und dann werden wir auch die ganze Abstimmungstechnik nochmals zeigen und man kann ausprobieren. Die Medienmitteilung dazu wird dann morgen Vormittag verschickt.

Noch eine kurze Bemerkung zur Kunst: Ich bin vorhin in der Pause von mehreren Parlamentarier/-innen angesprochen worden, was mit den Motten da hinten an der Wand ist. Das ist ein Überbleibsel aus dem alten Ratssaal. Sie waren vorher nicht so augenfällig, aber... Sie sind denkmalgeschützt. Also bitte: Niemand geht diesen Motten an den Kragen! Das ist ganz wichtig.

Wenn es um den Umbau ging, dann hatten folgende Leute aus der Stadt einen ganz grossen Verdienst daran und somit auch ein Dankeschön verdient: Das möchten wir von der Parlamentsleitung Erich Dürig (Immobilien) und Dave Häusler (Amt für Städtebau). Dem Präsidium ist es zudem sehr wichtig, auch Marc Bernhard und Jüge Bachmann zu danken. Sie haben

ENTWURF

uns mit unglaublichem Einsatz, sehr grosser Geduld und viel Kreativität durch diese Umbauzeit geleitet und jeder, der einmal gebaut hat, weiss, das braucht einiges an Nerven. Aber heute haben wir einen schönen Saal.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Abgemeldet für beide Sitzungen haben sich Raphael Perroulaz, Simon Gonçalves und Jan Fehr. An der Nachmittagssitzung entschuldigt ist Sarah Casutt. Verspätet eintreffen wird Stadtrat Nicolas Galladé.

Wir haben heute keine Begrüssung von neuen Parlamentarier/-innen. Aber wir haben eine spezielle Art von Verabschiedung. Es wird Euch aufgefallen sein: Wir haben keinen Stimmenzähler-Tisch mehr. Wir haben da die Wappen von Winterthur, in die Intarsien eingelassen. Dazu kann man vielleicht noch sagen: In der Mitte der Parlamentssaal, das Stadtwappen. Und dann in der Himmelsrichtung, von hier aus gesehen, sind die jeweiligen Stadtteile. Die Stimmenzähler sind zurück in die Reihen. Es wird für Euch jetzt anders zu und her gehen. Wir werden Euch noch brauchen für die geheimen Abstimmungen, aber sonst läuft ja jetzt alles über diese Anlage. Deshalb möchten wir von der Parlamentsleitung Euch ein kleines Dankeschön mitgeben. Wir haben da etwas kleines Süsses und wir dachten, das Hand erheben wird Euch fehlen. Deshalb bekommt jeder ein kleines Klebhändchen. Dieses kann er zuhause, wenn er nicht schlafen kann – statt Schäfchen zu zählen -, an die Wand knallen und somit immer noch das Gefühl haben, er sei Stimmenzähler. Ich möchte die drei anwesenden Herren von den Stimmenzählern nach vorne bitten, damit ich Euch das überreichen kann. *(Applaus)*

Die GLP hat angemeldet, dass sie gerne Fotos machen möchten. Da es aber ein spezieller Anlass ist, haben wir uns entschieden, dass heute alle fotografieren dürfen. Marc Wäckerlin wird seine Voten aufnehmen.

Erklärungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Als erstes ist angemeldet eine Kommissionserklärung der SBK. Das Wort hat die Präsidentin, Romana Heuberger.

R. Heuberger (SBK): Mir kommt heute die grosse Ehre zu, dass erste Votum in diesem neuen Ratssaal abzuhalten. Und ich bin überzeugt davon, dass wenn ich – so Gott will – in 30 Jahren diesen jungen Leuten, die heute hier drinnen sitzen, als Gast im Parlament zuhören darf, wie sie die Stadt weiterentwickeln werden, dann werde ich mich ganz sicher an diesen Moment besonders erinnern. Und ich wünsche uns allen in diesem Ratssaal, der so schön neu gestaltet ist, konstruktive Debatten und viele gute Lösungen für unsere Stadt. Und jetzt komme ich zur Kommissionserklärung. Ich verlese die Kommissionserklärung der Kommission Stadtbau zum Vorgehen betreffend Parlamentarische Initiative «Änderung der Richt- und Nutzungsplanung (Parzelle WU6971): 1. Festsetzung Erholungsgebiet Schweikhof, Reit- und Schiesssport im kommunalen Richtplan / 2. Festsetzung Erholungszone E2 im Zonenplan».

Am 23. Januar 2023 ist die Parlamentarische Initiative zur Änderung der Richt- und Nutzungsplanung betreffend Schweikhof eingereicht worden. Ziel des Vorstosses war, die Weiterexistenz des Reitbetriebes nach dem Brand des Ökonomiegebäudes durch eine rasche Umzonung der Parzelle WU6971 Schweikhof zu gewährleisten.

Die Vorlage wurde nötig, da der Stadtrat sich auf den Standpunkt gestellt hatte, dass kein öffentliches Interesse an einem Reitbetrieb im Schweikhof bestehe und er deshalb von sich aus keine Umzonung des Schweikhofs in eine Erholungszone initiieren werde. Am 6. März 2023

ENTWURF

hat eine Mehrheit im Parlament die Vorlage zur Umzonung mit 31 Stimmen vorläufig unterstützt und an die zuständige Sachkommission – die SBK - zur Bearbeitung weitergeleitet. Mit diesem Entscheid hat das Parlament ein öffentliches Interesse an einem Reitbetrieb Schweikhof bejaht.

Die SBK hat sich zur Behandlung der Vorlage juristische Unterstützung geholt und abgeklärt, auf welchem Weg die Umzonung am raschesten und ressourceneffizient umgesetzt werden kann. Nach intensiven Diskussionen kam die Kommission einstimmig zum Schluss, dass es zielführend ist, zuerst mit dem Kanton zu klären, ob die geplante Umzonung aus Sicht des Amts für Raumentwicklung (ARE) überhaupt bewilligungsfähig ist. Entsprechend wurden vom Juristen die Unterlagen erstellt, die für die Änderung des Richtplans und des Nutzungsplans notwendig sind, und beim ARE zur Vorprüfung eingereicht.

Am 8. November 2023 hat die Kommission die Antwort des ARE erhalten. Die Vorprüfung ergab, dass eine Umzonung möglich ist und dass das erarbeitete Argumentarium hierfür weitgehend plausibel sei. Als nächster Schritt müssen nun noch Fragen, welche die vorprüfende Instanz gestellt hat, geklärt und die formellen Unterlagen für das öffentliche Auflageverfahren vorbereitet werden.

Zu klären sind noch folgende zwei Themen:

1) Die Standortevaluation für den Reitsportbetrieb in Bezug auf weitere Erholungszone im Siedlungsgebiet ist deutlicher im Planungsbericht aufzuzeigen.

2) Die Darstellung des Zonenplans hat die Vorgaben der Verordnung über die Darstellung von Nutzungsplänen einzuhalten und ist entsprechend zu überarbeiten.

Zudem darf die Umzonung nicht im Widerspruch zum kommunalen Richtplan stehen, welcher sich derzeit in Bearbeitung befindet.

Die Umsetzung dieser Aufgaben liegt nicht mehr in der Kompetenz der zuständigen Kommission, sondern in der Kompetenz des Stadtrates. Deshalb hatte auch der Verfahrensplan, welcher der ursprünglichen PI beigelegt war, aufgezeigt, dass der Stadtrat zur Durchführung der öffentlichen Auflage eingeladen werden muss. Im Rahmen der Überweisungsdebatte hat der Stadtrat mit keinem Wort darauf hingewiesen, dass er dazu keine Hand bieten würde. Aber genau bei diesem Verfahrensschritt, da haben wir jetzt das Problem. Mit einer Parlamentarischen Initiative kann das Parlament dem Stadtrat keinen verbindlichen Auftrag erteilen. Deshalb hat die SBK versucht, im Gespräch mit dem Stadtrat diesen dazu zu motivieren, die Weiterbearbeitung der Umzonung freiwillig zu übernehmen. Diesem Anliegen ist der Stadtrat nicht nachgekommen. Damit sind die Möglichkeiten der Kommission, die Umzonung voranzutreiben und damit zur raschen Klärung der Situation des Reitbetriebes beizutragen, erschöpft. Ohne freiwillige Unterstützung des Stadtrates kommen wir über das Instrument der Parlamentarischen Initiative nicht mehr weiter.

Um die Situation im Schweikhof trotzdem raschmöglichst zu klären, hat die Kommission in der Folge einstimmig beschlossen, den Stadtrat anzufragen, ob er bereit wäre, bei Einreichung einer neuen Motion auf das Verfassen eines Berichtes zu verzichten und dem Parlament direkt eine Umsetzungsvorlage zu präsentieren. Auch diese Anfrage hat der Stadtrat gemäss Schreiben vom 10. Januar 2024 ablehnend beantwortet.

Das sind die Voraussetzungen, unter welchen das Parlament heute unter Traktandum 6 die Motion betreffend Festsetzung Erholungsgebiet Schweikhof, Reit- und Schiesssportanlage diskutieren wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadträtin Ch. Meier: Ich hatte zwar eigentlich nicht vor, jetzt schon zur Kommissionserklärung etwas zu sagen, denn ich werde mich nachher natürlich im Rahmen des Geschäfts äussern, aber es hatte jetzt doch einige Vorwürfe in diesem Votum, die ich gerne kurz einordnen möchte.

Es hat jetzt sehr danach getönt, als würde der Stadtrat sich einfach der Mitarbeit verweigern würde. Und dem ist also wirklich, definitiv nicht so. Das Parlament hat sich für das Instrument der Parlamentarischen Initiative entschieden. Im Nachhinein war das für ein solches Geschäft wahrscheinlich nicht der richtige Entscheid, aber einen solchen Fehlentscheid kann es mal geben – das ist aber nicht der Fehler des Stadtrats.

ENTWURF

Ich bin an einen Stadtratsentscheid gebunden, der ursprünglich klar zum Schluss gekommen ist, dass es kein übergeordnetes Interesse gibt für eine solche Umzonung. Dieser Entscheid war für mich nach wie vor bindend zu dem Zeitpunkt, als ich mich mit der Delegation aus der Kommission getroffen habe. Ich habe aber dort den Weg aufgezeigt. Ich habe gesagt, macht doch eine Motion, gebt uns doch diesen Auftrag. Das war ein Vorschlag, der von mir gekommen ist. Also habe ich durchaus Hand geboten, um zu einer Lösung zu kommen.

Und wie diese nachher aussieht und wie die weiteren Schritte aussehen müssen, damit man am Schluss einen Entscheid hat, der auch wirklich Bestand hat, auf das kommen wir dann im Rahmen der Behandlung des Geschäfts noch zu sprechen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Somit gehen wir weiter zu den Fraktionserklärungen. Da ist als erstes angemeldet eine Fraktionserklärung der FDP zum Thema «Städtische Intervention zur Pistenverlängerung des Flughafen Zürich». Das Wort hat Gioia Porlezza.

G. Porlezza (FDP): Mit grossem Befremden haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat am 21. Dezember kommuniziert hat, dass er die Pistenverlängerung des Flughafen Zürich, die im März zur Abstimmung kommt, ablehnen wird. Neben zahlreichen, eigentlich sehr einfach nachzukontrollierenden Aussagen stellt sich ganz grundsätzlich die Frage: Darf der Stadtrat im Alleingang eine Abstimmungsempfehlung für eine kantonale Vorlage kommunizieren, ohne demokratischen Auftrag?

Ja, vor allem in Hinblick darauf, dass die Stadt Winterthur vom Flughafen Zürich ganz direkt profitiert und diesen auch massgeblich als Standortfaktor nutzt. In einer ersten Diskussion einmal dahingestellt, ob man für oder gegen eine Pistenverlängerung ist: Eine Gemeinde ist gemäss einem Merkblatt des Kantons dazu verpflichtet, auf korrekte und zurückhaltende Information im Vorfeld einer Abstimmung zu achten. Und: An Objektivität und Sachlichkeit werden höhere Anforderungen gestellt als bei privaten Gruppierungen. Beides lässt der Stadtrat bei seiner Medienmitteilung ganz klar vermissen, ja, es ist sogar höchst bedenklich, dass ohne demokratischen Auftrag in eine Abstimmung eingegriffen wird.

Und jeder, der jetzt denkt: Ach, diese FDP, die will einfach nur Fliegen, der Stadtrat hat Recht. - Überlegt Euch einmal, wie Ihr reagieren würdet, würde ein bürgerlicher Stadtrat genau das Gegenteil machen. Es geht schlichtweg nicht, dass eine Exekutivbehörde im Alleingang nach eigenem Gutdünken ideologische Abstimmungsempfehlungen herausgibt, die jeglicher Faktenbasis entbehren. Die Stadt Winterthur wirbt sogar für den Flughafen! Als Standortfaktor nennt sie ganz klar an erster Stelle den Flughafen. Zitat: «Gute Erreichbarkeit – in 12 Minuten am Flughafen Zürich.» Kann sich eigentlich keiner ausdenken, dass wir bereits so verwöhnt sind, dass man seinen grössten Standortvorteil einfach vergisst. Kann ja mal passieren.

Aber ist denn der Leidensdruck so gross, dass diese Mitteilung des Stadtrats gerechtfertigt wäre? Zur Wahrheit gehört nämlich der Fakt, dass Anflüge aus dem Osten an der Stadt Winterthur vorbeifliegen bzw. nur ein kleines Stadtgebiet betreffen. Winterthur ist also – wenn – nur am Rand von Flügen aus dem Osten betroffen. Das bestätigt auch ein Bericht der Empa, der zum Schluss kommt, dass die Lärmbelastung für Winterthur mit der Pistenverlängerung unverändert bleiben würde. Mit anderen Worten: Die Stadt Winterthur ist nicht übermässig betroffen, sie ist gar nicht betroffen. Und dürfte sich deshalb auch gar nicht dazu äussern.

Der Stadtrat Winterthur scheint aber – nebst vielem anderen – auch mit Aviatik-Experten gut bestückt zu sein. Denn anders ist es nicht zu erklären, warum er vom Flugverkehr mehr verstehen möchte als z.B. das Bundesamt für Zivilluftfahrt oder die Flugsicherung von Skyguide. Denn auch das BAZL schreibt auf seiner Homepage (das kann man nachlesen): Keinen Einfluss hat die Pistenverlängerung auf die Anzahl der in Zürich startenden und landenden Flugzeuge. Eine Piste kann nur von einem Flugzeug aufs Mal für Starten oder Landen genutzt werden, da spielt für einmal die Länge keine Rolle.

Und bevor ich jetzt zu hören bekomme, dass das nicht stimmt: Auf dem Podium letzte Woche darauf angesprochen, hat uns Stadträtin Katrin Cometta gesagt, dass für Winterthur keine

ENTWURF

nachteiligen Effekte zu erwarten sind. Im Gegenteil, lärmtechnisch profitiere Winterthur. Das soll noch jemand verstehen.

Aber vermutlich geht es am Ende nicht um die Fakten, sondern um eine Möglichkeit mehr, das Thema Klima proaktiv auf das Tapet zu bringen. Für Parlamentarier ist das voll in Ordnung, für Mitglieder einer Exekutive aber nicht. Sie machen Politik für Winterthur und nicht für ein bestimmtes Klientel. Oder sollten das nicht machen.

Und genau das kritisieren wir, weil diese Grenze klar überschritten worden ist. Wir fordern den Stadtrat an dieser Stelle auf, sich in Zukunft bei Abstimmungen, die den Wirtschaftsstandort Winterthur so massgeblich betreffen, nicht mehr rein ideologisch begründet zu äussern. Das schadet der Glaubwürdigkeit von Winterthur. Danke vielmals.

Stadträtin K. Cometta: Der Stadtrat bekennt sich ganz klar zum Flughafen Zürich, aber nur ein von der Bevölkerung akzeptierter Flughafen ist auch ein starker Flughafen. Die Stadt Winterthur ist seit 2004 Mitglied in der Region Ost, das ist eine Behördenorganisation. Sie stellt sogar seit dann auch das Präsidium. Und wer ein bisschen ein historisches Gedächtnis hat, der weiss ja auch, dass zu diesen Zeiten die Mehrheiten in der Stadtregierung auch noch anders ausgesehen haben. Der Zweck dieses Vereins ist die Fluglärmbegrenzung. Man streicht als Behördenorganisation sehr wohl die Bedeutung des Flughafens hervor – wobei kurz eine Klammerbemerkung an dieser Stelle: Wenn es wirklich keine Auswirkungen auf die Kapazität haben sollte, dann möge mir mal jemand erklären, weshalb es dann eine wirtschaftliche Frage ist, diese Pistenausba-Vorlage. Klammer geschlossen. Bei der Region Ost geht es von Beginn an um den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm, sie setzt sich deshalb ein gegen Kapazitätserhöhungen und auch Pistenausbau, sie will eine faire Verteilung.

Einfach kurz pro memoria: Es gab auch Behördeninitiativen, bei denen die Stadt Winterthur mitgemacht hat. 2006 Behördeninitiative 1, bei der es um eine Plafonierung ging; 2011 Behördeninitiative 2 «Kein Pistenausbau». Dort hat die Stadt Winterthur sogar noch aus dem städtischen Geld Mittel gesprochen für diesen Abstimmungskampf. Das ist im Moment, bei dieser aktuellen Vorlage, nicht das Thema, es sind nicht direkt städtische Beiträge in diesem Abstimmungskampf. Allerdings aus dem Vereinsvermögen der Region Ost.

Zur Betroffenheit, was ich an diesem Podium gesagt habe und was ich auch hier gerne nochmals wiederhole: Es ist richtig, in Winterthur werden keine Lärmgrenzwerte überschritten. Es ist aber doch auch so, dass es in Winterthur Bewohnerinnen und Bewohner gibt, die sich durch den Fluglärm gestört fühlen. Die Region Ost betreibt auch ein Telefon und hat dort immer wieder Anfragen. Ich bekomme auch immer wieder Post von Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch den Fluglärm gestört fühlen. Und dann kommt halt trotzdem auch die Frage nach der Kapazitätserhöhung. Auch das habe ich an diesem Podium zu erklären versucht: Selbstverständlich, wenn es nur eine Piste geben würde am Flughafen, dann würde eine Verlängerung nicht zu einer Kapazitätserhöhung führen. Jetzt ist aber so, dass man mit dieser Pistenverlängerung – das sagt ja auch der Flughafen – weniger oft Betriebskonzepte ändern muss. Und das führt unter dem Strich doch auch zu einer möglichen Kapazitätserhöhung. Im Projektbeschrieb zum Plangenehmigungsgesuch des Flughafens wird die Anzahl Flugbewegungen auch genannt. Es ist kein Geheimnis: Der SIL (Sachplan Infrastruktur Luft) geht von einem nachfrageorientierten Wachstum des Flughafens aus. Er sagt, dass das Ost-Konzept ähnliche Kapazitäten haben sollte wie das Nord-Konzept. Und dass dort das Ziel von 70 Flugbewegungen anvisiert werden soll – im Moment ist man bei rund 62.

Es ist korrekt, dass mit der Pistenverlängerung selbst kein Kapazitätsausbau erfolgt, dass aber ganz viele Massnahmen getroffen werden (seien das auch die Schnellabrollwege und die Entflechtung der Anflugrouten). Und da geht es einfach darum, dass wir auch das Anliegen der Bevölkerung schützen, die Fluglärmthematik aufbringen. Das mache ich auch in meiner Funktion als Präsidentin Region Ost.

Und dass der Stadtrat kommuniziert hat, war ja auch deshalb, um diese Transparenz zu schaffen, die notwendig ist. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Katrin. Eine weitere Fraktionserklärung ist angemeldet worden von der SVP zum Thema Stadtpolizei. Da spricht Christian Hartmann.

ENTWURF

Ch. Hartmann (SVP): Wir alle konnten am Samstag vor zwei Wochen aus der Zeitung lesen, dass die Stadtpolizei den Essensständen in der Altstadt die Bewilligung entzogen hat. Betroffene Geschäftsinhaber haben dann gegen diesen Entscheid alleine an einem Tag 100 Unterschriften gesammelt und dann im Landboten medialen Druck erzeugt. Der Landbote hat dann eine Online-Umfrage gemacht, nicht repräsentativ, bei der sich 80% der Leute für diese Stände ausgesprochen haben – die Kommentarspalten sind auch ungefähr so.

Bereits am Montag Mittag um 11.50 Uhr hat die Polizeivorsteherin Katrin Cometta mitgeteilt, der Bewilligungsentzug werde rückgängig gemacht, weil die Rechtsgrundlagen nicht genügen. Und – ganz wichtig – sie hätte vom Entscheid der Stadtpolizei nichts gewusst.

Mit Verlaub: Es fällt schwer zu glauben, dass bei einem sogar für Laien als sensitiv anzuschauenden Thema keine Informationen geflossen seien.

Wir bitten Katrin Cometta heute ausdrücklich, zu erklären, ob sie vorab tatsächlich nichts gewusst habe. Und wenn es dann tatsächlich so war, dass die Polizeivorsteherin nichts wusste, dann ist der Faden zwischen ihr und der Stadtpolizei offensichtlich immer noch gerissen.

Es scheint mehr, dass im DSU das Dach gebrannt hat und die Kernbotschaft «Ich war es nicht!» möglichst schnell raus musste. Statt sich hinter die Mannschaft zu stellen und sorgfältig zu analysieren, was allenfalls schief gelaufen ist, probiert die Polizeivorsteherin ihren Kopf zu retten und kritisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen Entscheid, der vorher bereits mit verschiedenen Interessensgruppen diskutiert wurde.

Wie soll unter solchen Umständen der Polizeikommandant einen Kulturwandel anstossen und einen neuen Führungsstil einführen? Wenn er und seine Mitarbeitenden von der eigenen Stadträtin öffentlich desavouiert werden? Wer will denn so für eine Winterthurer Stadtpolizei arbeiten? Da helfen keine Image-Filme, keine Winti-Cops und keine Anpassungen bei der Körpergrösse und dem Höchstalter für die Rekrutierung.

Helfen würde vor allem ein anständiger und respektvoller Umgang mit den Männern und Frauen, die für unsere Sicherheit zuständig sind. Einen menschlichen Umgang verlangt übrigens auch der Administrativbericht zu den Suiziden in der Quartierpolizei – etwas von dem Wenigen, das der Stadtrat im veröffentlichten Bericht nicht hat schwärzen lassen.

Aber wahrscheinlich werden wir als nächstes noch hören, es sei alles nur ein grosses Missverständnis gewesen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei haben eine bessere politische Führung und mehr Wertschätzung verdient. Wir bitten den Gesamtstadtrat, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Zuerst schnell zur Frage, die Du gestellt hast: Es ist tatsächlich so, dass ich von diesem Schreiben nichts gewusst habe. Was auch ist: Man hatte im Dezember eine Sitzung, bei der es darum ging, dass diese Food-Stände und die Gebühren dieser Food-Stände gewissen Leuten ein Dorn im Auge sind. Aber es ist kein Entscheid gefallen, mehr wusste ich nicht.

Es liegt im Übrigen auch in der Natur der Sache, dass ich nicht über jede erteilte Bewilligung oder eben nicht erteilte Bewilligung informiert bin, dass ich nicht jeden Brief gegenlese – zum Glück. Und in diesem Fall bin ich tatsächlich nicht darüber ins Bild gesetzt worden, dass dieses Schreiben Ende Jahr herausging. Sobald ich Kenntnis hatte von diesem Fall, habe ich mich sofort mit dem Kommandanten in Verbindung gesetzt, und zwar Freitag und Samstag. Wir haben zusammen telefoniert. Es war nicht ganz einfach, es war ja noch Ferienzeit. Und insgesamt, ja, bin ich einverstanden: Es ist im Umgang mit diesem Schreiben inklusive Kommunikation auf allen Ebenen nicht alles optimal verlaufen. Da nehme ich auch mich selbst nicht aus.

Es sind Fehler passiert. Diese passieren aber einfach gemeinhin dort, wo gearbeitet wird. Und ich bin froh, dass gearbeitet wird im DSU. Und wir arbeiten auch an unserer Fehlerkultur, auch das ist ja ein Learning aus der jüngeren Vergangenheit, die Du auch angeführt hast. Und ich glaube, die Skandalisierung ist dabei nicht wirklich hilfreich, wenn es darum geht, diesen Kulturwandel umzusetzen. Selbstverständlich haben wir intern Debriefings gemacht. Wir

ENTWURF

haben morgen auch wieder einen Austausch. Es geht ja jetzt einerseits darum, dass man einerseits lernt, wie man vorgeht bei solchen Sachen, andererseits sind da die ganzen materiellen Fragestellungen.

Und an dieser Stelle möchte ich schon noch darauf hinweisen: Ich habe bisher noch von niemandem gehört, dass es materiell, rein sachlich, falsch war, dieses Schreiben zu korrigieren und auf diesen Entscheid zurückzukommen. Das habe ich noch nirgends gehört.

Das Wichtigste für mich ist jetzt, dass ich zusammen mit der Verwaltungspolizei eine Ausleageordnung mache, damit wir in einem zweiten Schritt die weiteren Stakeholder dazunehmen. Und in dem Sinne bin ich froh, wenn Ihr uns jetzt auch einfach arbeiten lässt. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Katrin. Dann wurde eine persönliche Erklärung zum Thema Wochenmarkt angemeldet von Iris Kuster. Du hast das Wort.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Was läuft in Winterthur falsch? – Gedanken zum Wochenmarkt.

Bei der Lektüre des Landboten von heute Morgen habe ich zuerst schauen müssen, ob wir schon 1. April haben, ob es ein Aprilscherz sei. Und wenn der Landbote seriös recherchiert hat zum Bericht über die Wochenmärkte – und ich gehe davon aus, dass das stimmt – dann sind wir weit weg von einer urbanen, modernen Stadt.

Im Gegenteil: Wir werden richtig zum Dorf und zur Bünzlistadt. Da leben jahrelang private Geschäfte, auch Comestibles, und die Wochenmarktteilnehmer einvernehmlich nebeneinander her - und plötzlich will die Verwaltungspolizei unter der Führung von Katrin Cometta hart durchgreifen und das Weiterbestehen eines beliebten Standes, «Aglio e Olio» mit Antipasti, verunmöglichen.

Als regelmässige Wochenmarkt-Besucherin ist das nicht die erste schlechte Nachricht, die ich in Bezug auf den Wochenmarkt höre. Es verschwinden auch immer wieder geliebte Verkaufsstände, weil die Verwaltungspolizei bei der Zuteilung der Marktplätze offenbar wenig Flexibilität und Offenheit zeigt und die Bedürfnisse der Konsument/-innen zu wenig (bzw. meines Wissens gar nicht) abholt.

Ich erwarte von einem Gemüse-Wochenmarkt ein vielseitiges Angebot, und das auch in Zukunft. Und wer schon mal im Ausland an einem Wochenmarkt war, weiss, wie vielseitig und attraktiv er sein kann. Aber auch schon der Blick nach Zürich und seinen Wochenmärkten lässt einen diesbezüglich neidisch werden. Da hat Winterthur noch viel Luft nach oben.

Antipasti, Fisch und Blumen (um nur einige Bereiche aufzuzählen) kommen sicher nicht alle aus der Schweiz – und schon gar nicht in der jetzigen Jahreszeit. Und einen Markt ohne diese stelle ich mir sehr mickrig vor. Aber Hand aufs Herz: Wenn alle Gemüsestände im Winter nur noch Schweizer Produkte anbieten dürften, wäre das Angebot am Dienstag und am Freitag wesentlich kleiner – und damit auch die Attraktivität des Marktbesuchs.

Wohlgemerkt: Ich liebe meine regionalen Marktstände. Aber ich liebe auch einmal einen frischen Frisée-Salat aus Italien oder Antipasti vom Markt. Der Besuch des Markts soll weiterhin attraktiv sein und bleiben – zumal ja diejenigen, die mit dem Auto auch von auswärts kommen, bald tiefer in die Tasche greifen müssen für das Parkieren.

Mein Appell: Bitte schaut weiterhin für ein breites Angebot mit lokalen, regionalen Produkten, aber auch anderen, europäischen oder internationalen Produkten aus dem täglichen Bedarf. Wenn etwas besser geprüft und umgesetzt werden soll, dann vielleicht das Anschreiben des Ursprungslandes bei den Produkten. Denn jedes Mal zu fragen, woher die Gurke oder das Rüeblli kommt, wäre dann nicht mehr notwendig.

Und ich habe über den Mittag noch die Kommentare im Internet zum Landbote-Artikel gelesen und festgestellt, ich bin nicht die einzige, die eine liberalere, offenere Marktverordnung möchte. Aus meiner Sicht muss die Marktverordnung überarbeitet werden und ich fordere den Stadtrat dazu auf, dieses Thema zügig aufzugreifen und anzugehen. Und ich hoffe, dass wir aus Effizienzgründen darauf verzichten können, einen entsprechenden Vorstoss machen zu müssen. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Das ist wohl, weil ich heute kein Geschäft haben werde, damit ich die neue Anlage trotzdem ausprobieren kann...

ENTWURF

Lebensmittel-/Blumenmärkte dienen traditionell der Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln und Pflanzen aus der Region. Und da möchte ich schon noch festhalten, dass für die Verwaltungspolizei das Recht, also diese Marktverordnung, massgebend sein soll.

Wenn das Recht nicht mehr massgebend ist, dann wird es willkürlich.

Die Idee der Marktverordnung ist, dass vor allem Landwirte und Gärtnereien aus der Umgebung ihre Produkte in der Stadt anbieten können sollen. Was man eben explizit nicht möchte, das sind Händler, die nicht eigene Produkte verkaufen, sondern Waren, die sie bei ausländischen Produzenten beziehen. Die Idee dahinter ist wirklich, dass der Wochenmarkt für regionale Produkte da sein soll. Und selbstverständlich dürfen sie aber auch ihr Sortiment erweitern, um Mehrwert zu bieten – auch ich habe gerne Vielfalt.

Was ist passiert? Es gibt ganz wenige Marktfahrerinnen und Marktfahrer, deren Sortiment nicht den geltenden Regeln entspricht. Das geht so weit zurück, dass ich das nicht mehr rekapitulieren konnte. Was ich aber rekapitulieren konnte, ist, dass der Marktkchef schon vor einigen Jahren mit diesen ein Gespräch geführt hat. Dabei hat man vereinbart, dass sie bis zur Pension oder bis zur Geschäftsaufgabe weiterhin auf dem Wochenmarkt verkaufen dürfen. Und damit ist auch schon angekündigt, was man dort vereinbart hat: Dass man eine Regelung hat mit Augenmass, bei der es bis zu einem gewissen Grad Besitzstandswahrung gibt. Man hat das aus vielen Überlegungen beschlossen, dass man das auslaufen lässt. Und ja, das ist jetzt passiert und ausgelaufen.

Ich nehme den Hinweis entgegen. Die Marktverordnung ist in die Jahre gekommen, die kann man mal anpassen. Es ist dann noch eine Frage der Dringlichkeit, aber wir nehmen das sicher mit, dass wir das mal anschauen. Ich kann es aber nicht auf morgen versprechen. Aber es ist gehört, Iris. Und man wird sehen, ob sich dann dort eine allfällige Diskussion ergeben sollte. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Katrin. Damit haben sich die Kommissions-, Fraktions- und persönlichen Erklärungen erschöpft.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir kommen zur Traktandenliste. Da ist festzuhalten, dass das Traktandum 3 abgesetzt worden ist, da es noch nicht behandlungsreif ist.

Ich möchte noch in die Runde fragen, ob es sonst noch irgendwelche Einwände oder Änderungsanträge dazu gibt? – Dem ist nicht der Fall, somit gilt die Traktandenliste als genehmigt.

1. Traktandum

Protokolle der 10./11. und 12./13. Sitzungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir beginnen mit der Abnahme der Protokolle unserer Budget-Sitzungen, es sind gleich vier Protokolle, nämlich die 10., 11., 12. und 13. Sitzung des Stadtparlaments. Gibt es da aus dem Plenum noch Einwände oder Anmerkungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit herzlichen Dank an Andrea für das Verfassen der Protokolle. Es gelten alle vier als genehmigt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.70: Sondernutzungsplan: - privater Gestaltungsplan «Ohrbühlstrasse» // Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: - Aufhebung Hofackerstrasse Kat. Nr. OB16592 vom Knoten Ohrbühlstrasse bis Knoten Stäffelistrasse

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Sondernutzungsplan: - privater Gestaltungsplan «Ohrbühlstrasse» // Aufhebung von öffentlichen Strassen und Wegen: - Aufhebung Hofackerstrasse Kat. Nr. OB16592 vom Knoten Ohrbühlstrasse bis Knoten Stäffelistrasse. Vorgestellt wird das Geschäft durch den Referenten Benedikt Zäch.

B. Zäch (SBK): Auch das ist eine Premiere – das erste Mal, dass ein Geschäft an diesem neuen Pult vorgestellt wird.

Ich darf Ihnen den Sondernutzungsplan privater Gestaltungsplan «Ohrbühlstrasse» vorstellen, der in der Stadtbau-Kommission war. Um was geht es? Man muss ein bisschen weiter zurückgehen, um den Kontext zu verstehen. Vor fast genau 10 Jahren wurde im damals Grossen Gemeinderat ein grosses Planungsprojekt festgesetzt: Die Planungszone Neuhegi-Grüze, von dem dieser private Gestaltungsplan, den wir heute beschliessen, ein kleiner Teil ist. Es ist eines der letzten Puzzle-Stücke einer sehr grossen Planung, die sich insgesamt über 10 Jahre erstreckt hat.

Das Gebiet der Planungszone Neuhegi-Grüze erstreckt sich von der Querung Grüze im Westen bis zum Eulachpark im Norden, über das Gebiet, das wir heute besprechen, im Osten und das Ohrbühl südlich der Eisenbahnlinie im Süden.

Der Gestaltungsplan, den wir heute besprechen, ist ganz im Südosten. Die Planungszone Neuhegi-Grüze wurde im Februar 2014 vom Grossen Gemeinderat festgesetzt und im Dezember 2014 durch die Baudirektion Kanton Zürich abschliessend genehmigt. Das ist wichtig, denn einige der Eckpunkte dieses Gestaltungsplans sind dort schon festgelegt worden. Dann kommt ein zweites Vertragswerk dazu, das ist ein Landumlegungs- und Erschliessungsvertrag in diesem östlichen Teil der Planungszone, der auch diese Parzelle umfasst, wo mit den Investoren, mit den Grundstückeigentümern Vereinbarungen getroffen wurden, Festlegungen getroffen wurden. Und für den Bauabschnitt, über den wir heute sprechen, wurde da eine Planungspflicht festgesetzt auf dem Areal, mit der Pflicht, einen privaten Gestaltungsplan zu erarbeiten.

Was auch noch wichtig ist, dass man «avant la lettre» eine Art Mehrwertabschöpfung gemacht hat. Das Mehrwertgesetz hat damals noch nicht existiert, aber man hat nach Möglichkeiten gesucht, auf dem Verhandlungsweg den Mehrwert, der durch die Erschliessung dieser Grundstücke und die Bauprojekte entsteht, abzuschöpfen bzw. in Richtung öffentliche Hand zu lenken, indem die Grundstückeigentümer sich verpflichtet haben, der Stadt Land abzugeben oder sich verpflichtet haben, Erschliessungselemente selbst zu finanzieren. Und das ist im westlichen Teil des Areals bereits passiert oder ist jetzt in Planung. Und es ist eben auch Teil des privaten Gestaltungsplans, den wir heute besprechen. Das muss man einfach noch wissen. Und dieses Vertragswerk ist ein öffentlich beurkundeter Vertrag mit den Grundbesitzern, der seit dem 1. Mai 2015 in Kraft ist.

Wir haben also zwei wichtige gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen, welche diesen privaten Gestaltungsplan von Anfang an definiert haben, den Rahmen gesetzt haben dafür. Und den Handlungsspielraum natürlich nicht vergrössert haben.

Es geht um dieses Gebiet. Die Projekte im Westen sind zum Teil schon realisiert (gelb markiert). Auch öffentlicher Raum ist bereits realisiert. Es hat Elemente, die in Planung sind (das ist v.a. das Grundstück südlich vom Schulhaus Neuhegi). Und heute geht es um das Baufeld 1, das Ohrbühlareal, wo wie gesagt eine Planungspflicht auferlegt ist mit einem privaten Gestaltungsplan. Und das ist dieser Gestaltungsplan, den wir heute behandeln.

ENTWURF

Das Projekt sieht grob so aus: Es ist eine Überbauung mit einer Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen. Es ist relativ stark mit Freiräumen, mit Begrünung versehen. Man hat kurz gesagt vier Einheiten, welche primär dem Wohnen dienen, die auf das Areal verteilt sind. Man hat vier Werkgassen, die Zugang für Gewerbebetriebe sicherstellen sollen. Man hat Bahnen durch das Areal gelegt, man hat eine Begrünung vorgesehen. Man hat im Norden des Areals eine Zone gesichert, die auf einer anderen Richtplanfestlegung beruht, nämlich eine mögliche Variante eines Tunnelausgangs der Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze. Dieses Areal wurde dafür gesichert. Es ist unklar, ob der Tunnel an dieser Stelle je kommt, es ist eine der Varianten. Aber das Gebiet, das Gelände, musste gesichert werden und kann damit nicht überbaut werden. Das ist eine der Einschränkungen, wo man hier übergeordnete Planungs-festlegungen auferlegt hat.

Das Projekt ist sorgfältig ausgearbeitet, das haben wir in der SBK ausdrücklich festgestellt. Man hat intensiv mit den Grundstückeigentümern verhandelt. Man hat auch (gemäss der Ansicht der Mehrheit der SBK) sehr viel herausholen können, gerade was die Begrünung betrifft, gerade was die Freiräume innerhalb des Areals betrifft und natürlich – ganz ein wichtiger Punkt, der auch vor 10 Jahren im Parlament diskutiert wurde – eine Mischung zwischen Wohnen und Arbeitsplätzen. Es soll beides dabei sein.

Der Gestaltungsplan wurde in drei Lesungen in der Stadtbau-Kommission behandelt. Ich erwähne einfach einige Punkte, über die wir relativ intensiv diskutiert haben, die auch kritisch angeschaut worden sind:

- Zum einen ist es ein relativ langer Zeitraum. Das ist einfach so bei privaten Gestaltungsplänen, die heute ins Parlament kommen, die sind in der Regel 8 – 10 Jahre alt. Sie sind damals verhandelt worden, quasi unter den damaligen Rahmenbedingungen. Und dieser lange Zeitraum der Verhandlungen, Festlegungen und nicht zuletzt auch der parlamentarischen Beratung führt natürlich dazu, dass neue Erkenntnisse (z.B. Klimaökologie) zum Teil einfach noch nicht berücksichtigt sind. Ich habe auch nachgeschaut: In der Parlamentsberatung wurde dieses Thema vom Parlament damals auch überhaupt nicht angesprochen.
- Der zweite Punkt, der diskutiert wurde, ist die Entwidmung der Hofackerstrasse. Da geht es um diese Strasse, die heute abbiegt in die Ohrbühlstrasse. Diese Strasse muss entwidmet werden; einerseits weil der Perimeter des Projekts diese Strasse tangiert, vor allem aber auch, weil dort eine Busstation wegfällt. Diese ist schon nicht mehr dort. Und neu will man eine Veloverbindung, eine Veloroute machen in die Stadt. Damit wird die Hofackerstrasse versetzt und muss formell entwidmet werden.
- Ein Punkt, der diskutiert wurde in der SBK, da komme ich noch kurz darauf, ist die klimaökologische Situation. Man weiss seit dem Rahmenplan Klima spätestens (und auch durch Vorarbeiten dazu), dass in diesem Gebiet ein wichtiger Kaltluftkorridor ist. Dieses Areal liegt am Fuss des Ohrbühls und am Fuss des Hegibergs, wo in der Nacht Kaltluft vom Berg herunterkommt und in die Ebene fliesst, was sehr wichtig ist an den sehr heissen Sommertagen. Aber nicht nur dann, sondern es bildet einen Teil der Abkühlung, die in der Nacht nötig ist, damit die Gebiete nicht übermässig aufgeheizt werden.
- Schliesslich dann noch die Zufahrtsituation für das Gewerbe, dazu sind noch Fragen aufgetaucht und wurden diskutiert.

Ich möchte am Schluss noch kurz auf zwei Punkte eingehen, weil diese zum Teil auch Auswirkungen hatten auf die Weisung: Nämlich die Entwidmung der Hofackerstrasse. Da wurde vor allem auch diskutiert, wann diese stattfindet und in welchem Umfang. Und das ist eine Anpassung der Weisung, die jetzt als Kommissionsantrag vorliegt: Dass man zuerst einen Teilbereich entwidmet, nämlich die Überlagerungsfläche, die vom Projekt betroffen wird. Und dass man mit der Entwidmung wartet, bis eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt. Da geht es einfach darum, dass man diese Entwidmung nicht quasi auf Vorrat macht, sondern dann macht, wenn sie wirklich vom Bauprojekt her notwendig ist. Das sind zwei Änderungen in der Weisung in der Ziffer 3 und 4, die jetzt als Kommissionsantrag im Parlament beantragt werden, mit 9:0.

Der zweite Punkt betrifft das Klima, den Kaltluftkorridor. Man sieht da die Situation. Es gibt ein Klimagutachten dazu. Auf der Abbildung sieht man, wie die Kaltluftströme laufen und wie gross das Volumen dieser Kaltluftströme ist. Und man sieht, das Areal liegt mitten in einem

ENTWURF

solchen Kaltluftkorridor und steht eigentlich diesem auch im Weg, wenn dieser sich weiter ausbreiten sollte Richtung Neuhegi und Eulachpark. Allerdings muss man sagen: Das Schulhaus Neuhegi ist bereits ein Riegel, der in diesen Korridor gestellt wurde. Es hat Auswirkungen, ganz klar. Die Luftströme werden geteilt, sie werden reduziert. In der zweiten Übersicht sieht man, wie das Kaltluftvolumen reduziert wird. Und was da mit Minuswerten und in Gelb markiert ist, das sind kleinräumliche Abschnitte in einer Simulation, wo diese Kaltluft besonders stark reduziert wird. Grün vermerkt sind geringfügige oder sogar positive Auswirkungen, das gibt es schon auch, allerdings nicht in der nächsten Umgebung dieses Projekts. Das Klimagutachten hat das gegeneinander gewichtet und kam zum Schluss in der Gesamtbilanz, dass es lokal begrenzt eine hohe Abschwächung gibt der Wirkung der Kaltluft, dass aber mit Blick auf die grundsätzlich geringe Vorbelastung in sommerlichen Wetterlagen, auch mit Blick darauf, dass weiterhin eine Durchlüftung stattfindet (unter anderem auch durch die Ausrichtung der Häuser) und dass es auch eine gute flächeninterne Abkühlung gäbe, dass die Auswirkungen insgesamt als mässig bis vertretbar angesehen werden können. Mit dieser Diskussion, mit diesen Punkten, wurde dann die Vorlage in der SBK mit 6:3 verabschiedet und liegt jetzt dem Parlament vor.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Benedikt, für die Vorstellung dieses Geschäfts. Jetzt erhalten zuerst alle SBK-Mitglieder das Wort, die sich melden, danach geht es generell ins Plenum des Parlaments. Als Erste hat das Wort Kathrin Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Zuerst danke ich Benedikt Zäch herzlich für die ausführliche und differenzierte Vorstellung des Geschäfts. Er hat schon einiges von der Komplexität dieses Projekts aufgezeigt.

Auch die Grüne/AL-Fraktion würdigt und anerkennt die positiven und stimmigen Anteile des privaten Gestaltungsplan «Ohrbühl» durchaus.

Zum Beispiel ist das umfangreiche Klimagutachten gemacht worden, die schwierige Hochwassersituation vor Ort wird im Umgebungskonzept sehr gut dargestellt und es werden auch valable Varianten vorgeschlagen für den Umgang damit.

Entlang der Stäffeli- und der Ohrbühlstrasse soll das städtische Alleenkonzept umgesetzt werden, das finden wir natürlich auch sehr gut, und in Sachen Energie wird der SIA-Effizienzpfad 2040 eingehalten

Das Projekt hat also viele Qualitäten. Es verdichtet und schafft Arbeits- und Wohnraum am richtigen Ort mit einer sicher ziemlich guten Aufenthaltsqualität. Dafür danken wir dem Baudepartement.

Trotzdem stellen wir Grüne/AL einen Ablehnungsantrag.

Bei allem Respekt für seine qualitativ hochstehenden Planungselemente fällt der private Gestaltungsplan mit seiner über 10jährigen Planungsgeschichte auf eine Art aus der Zeit und ist darum auf eine Art ein Planungsdinosaurier für uns. Oder anders gesagt: Er steht doppelt quer in der Planungslandschaft.

Quer, weil man einerseits die Baukörper so setzt, dass der Nord-Süd-Kaltluftkorridor minimiert wird (das wurde schon angesprochen), und quer, weil auch andere Qualitätsanforderungen des klimatauglichen Bauens nur unzureichend erfüllt werden. Den Grund dafür haben wir auch schon gehört, sicher auch wegen der langen Planungszeit.

Einen Punkt möchte ich erwähnen: Es wird im Konzept von einer «Minimierung der Versiegelung» gesprochen, das wäre ja sehr gut für schwammstadtaugliches Bauen, aber wenn man den Plan ein bisschen genauer anschaut, dann sieht man, dass alle die befestigten Werkstrassen und die an drei Seiten fast lückenlos umlaufenden Besucher-Parkplätze ein mässig grünes Bild zeichnen. Hier entsteht unserer Meinung nach ein knallhartes Stück Stadt.

In den Vorschriften für das Mobilitätskonzept - das ausgearbeitet werden wird, das ist natürlich löblich und richtig - ist lediglich von Information und Anreize zur Benützung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs die Rede - kein Wort von «autoarmem Wohnen»

ENTWURF

oder sogar «autofreiem Wohnen», dabei wäre dieser Ort, der optimal ÖV-erschlossen ist, geradezu prädestiniert dafür. Auch dieser Punkt müsste unserer Meinung nach wirklich früher in die Planungen einfließen und auch festgesetzt werden.

Und dann noch etwas zur Begründung: Sie wurde schon genannt im Positiven. Etwas fehlt uns aber ganz definitiv: Das ist die Fassadenbegrünung. Und das, obwohl sie im extra für den privaten Gestaltungsplan erstellten Klimagutachten explizit empfohlen wird für das Ohrbühl.

Dies mag einem als ein Detail erscheinen, ist es unseres Erachtens aber nicht. Wird nämlich eine bodengebundene Gebäudebegrünung nicht ganz von Anfang einer Planungsgeschichte an verbindlich mitgeplant und festgesetzt, fehlt am Schluss ganz sicher das Budget oder die architektonischen Rahmenbedingungen lassen dann keine Fassadenbegrünung mehr zu (es heisst dann, die Ausgestaltung der Fassaden verunmöglichen es jetzt leider).

Alles in allem soll unser Ablehnungsantrag also ein Zeichen dafür setzen, dass wir in Zukunft gerne mehr «Frischlinge» anstatt «Planungsdinosaurier» hätten.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

Ph. Angele (SVP): Im Namen unserer Fraktion unterstützen wir den Ablehnungsantrag der Grünen, weil wir finden, es hat zu viele Kompromisse im Rahmen des Projekts und die Stadtverwaltung hat ihre Steuerungsrolle aus unserer Sicht zu wenig wahrgenommen.

Wir wissen alle, Winterthur ist immer noch attraktiv für Investoren. Unsere Stadt ist offen für Bauinvestitionen und achtet das Rechtsstaatlichkeitsprinzip. Aber bei diesem Geschäft müssen wir leider sagen: Die Stadtverwaltung hat nach unserer Auffassung nicht genug gemacht. Als Parlamentarier stehen wir oft vor schwierigen Entscheidungen, vor allem bei Gestaltungsplänen. Wir fühlen uns manchmal wie mit dem Rücken zur Wand. Die Stadtverwaltung hätte mehr machen können, z.B. die Berücksichtigung dieser Kaltluftkorridore. Das hätte eine bessere Platzierung der Gebäude und eine effizientere Nutzung des Raums ermöglicht.

Aber wir sehen, dass das Projekt von der Stadtverwaltung schön-präsentiert wird, trotz offensichtlichen Mängeln.

Ein anderer Fall von kurzsichtiger Planung ist die teure Busstation aus Sichtbeton, inkl. WC, die jetzt nicht mehr gebraucht wird wegen dem neuen Gestaltungsplan. Und im gleichen Aufwasch werden auch noch wertvolle Parkplätze aufgehoben. Am meisten bedauern wir die Entwicklung um die Hofackerstrasse. Diese Strasse, die so beliebt ist, muss jetzt einem neuen Gestaltungsplan weichen. Gewerbebetreibende, Quartierbewohnende und generell Zubringende sind jetzt in ihrer Routenwahl zusätzlich eingeschränkt. Das zeigt, dass das Bedürfnis «schnelle Erreichbarkeit» der Direktbetroffenen einfach ignoriert wird.

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir hätten von der Stadtverwaltung erwartet, dass sie die Investoren besser begleitet und weniger Fehlplanungen gehabt hätte. Es ist wichtig, dass wir aus diesen Fehlern lernen und in Zukunft eine nachhaltigere, durchdachtere Stadtentwicklungspolitik fahren, bei der sowohl die Bedürfnisse der Investoren als auch diejenigen unserer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

Wir danken für Eure Aufmerksamkeit.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ja, ich muss schon sagen, heute Abend haben wir ein Paradebeispiel, dass die Gefahr, dass es nicht gut kommt, wenn SVP und Grüne in einem Ablehnungsantrag zusammenspannen. Während die Grünen kritisieren, dass es zu viele Parkplätze haben wird in diesem Gestaltungsplan, kritisiert die SVP, dass die Hofackerstrasse aufgehoben und für den MIV nicht mehr nutzbar ist. Kann man so sehen, beide Punkte sind für sich genommen verständlich – aber wenn man dann zusammen einen Ablehnungsantrag unterstützt, der – was ich nicht hoffe – allenfalls auch noch angenommen würde, dann hätte dann der Stadtrat die Wahl, in welche Richtung er dann nachgeben möchte.

Noch zu zwei anderen Kritikpunkten, bevor ich auf mein eigenes Votum zu diesem Geschäft komme – ich schicke es voraus: Wir werden diesen Gestaltungsplan annehmen: Wenn man die Baukörper drehen würde, wie es vorgeschlagen wird wegen dem Kaltluftstrom, dann würde man für ein anderes Problem die Türe öffnen, nämlich für den Lärm. Man hat dort die St. Gallerstrasse, die Bahnlinie und den Schiessplatz Ohrbühl. Und wenn man die Baukörper dreht, dann haben wir zwar mehr Kaltluft, aber auch mehr Lärm in diesen Überbauungen. Zur

ENTWURF

PPVO, dass es kein autofreies Wohnen ist, muss man sagen: Die PPVO ist eingehalten. Und bereits in der PPVO ist vorgesehen, dass bei guter ÖV-Erschliessung weniger Parkplätze sind als bei schlechter ÖV-Erschliessung. Und somit ist da bereits auch schon ein reduziertes Parkieren und eine reduzierte MIV-Mobilität vorgesehen.

Wie gesagt: Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt dem Gestaltungsplan und auch dem Kommissionsantrag zu.

Zuerst zur Hofackerstrasse: Diese ist im besagten Abschnitt nicht nur eine Strasse für Autos, sondern der Hofackerstrasse entlang führt auch ein bestehender Fuss- und Wanderweg und es ist eine geplante Veloroute im regionalen Richtplan eingetragen. Auch der Fuss- und Wanderweg ist eingetragen. Es stellte sich die Frage, ob der Kanton aufgrund der erwähnten Richtplaneinträge der Entwidmung überhaupt zugestimmt hätte. Es ist halt schon auch so, dass auch Velo- und Fusswege nach kantonalem Strassengesetz Strassen sind und wenn man eine Strasse entwidmet, können dort auch die Velos und Fussgänger nicht mehr verkehren. Wir haben dieses Thema in der Kommission aufgeworfen und konnten so erreichen – wir danken dem Stadtrat und den Verantwortlichen in der Verwaltung dafür – dass man dieses Thema aufgenommen und diesen Antrag ausgearbeitet hat. Wir haben jetzt die Situation, dass man nur das Stück, das dem Baufeld C in die Quere kommt, entwidmet und nicht die ganze Strasse. Und dieses Stück entwidmet man dann, wenn eine rechtsgültige Baubewilligung vorliegt. Das einfach noch zur Präzisierung zu den Ausführungen von Benedikt Zäch. Es wird nur das eine Teilstück entwidmet. Wenn man die ganze Strasse entwidmen würden, wären wie gesagt die Veloroute und auch der Fuss- und Wanderweg nicht mehr möglich. Das würde auch bedeutende Umwege für die Fussgänger und die Velofahrenden bedeuten. Die Mitte/EDU-Fraktion hat diese Kritik wie gesagt einbringen können und wir danken dafür, dass das aufgenommen wurde.

Mit der Schliessung der Hofackerstrasse für den Autoverkehr können wir als Mitte/EDU-Fraktion leben. Für den Autoverkehr gibt es nur kleine Umwege für die Quartierbewohnenden und das Gewerbe. Und gleichzeitig wird ein heute schon genutzter Ausweichverkehr von Rümikon ins Ohrbühl über die Hofackerstrasse geschlossen, der künftig über die Rümikerstrasse gehen wird, was wir begrüssen.

Zum Gestaltungsplan selbst: Im Grundsatz können wir die Kritik, die angebracht wurde, nachvollziehen – wenn man sich in die Schuhe derer stellt, die diese Kritik angebracht haben. Wir können es aber trotzdem kontern: Wir finden, dass der hohe Gewerbeanteil von 50 – 70%, der in diesem Gestaltungsplan vorgesehen ist, sehr wichtig ist für dieses Gebiet. Auch das Gewerbe profitiert von einem guten ÖV-Anschluss, so können die Arbeitnehmenden zu- und wegendeln mit dem Zug. Die Nutzung passt auch perfekt in das Gebiet, weil auch in den umliegenden Liegenschaften bereits ein hoher Gewerbeanteil besteht. Die Mitte/EDU-Fraktion begrüsst es ausdrücklich, dass eine Überbauung entstehen soll, bei der der Fokus auf dem Gewerbe liegt. Winterthur braucht mehr davon!

Weiter halten wir fest, was Benedikt gesagt hat, dass der private Gestaltungsplan auf einen öffentlichen Gestaltungsplan beruht, welche eine Grundlage ist. Man konnte gar nicht anders bauen. Und wir finden es nicht wirklich nachvollziehbar, dass man heute einen Gestaltungsplan ablehnen möchte, der auf den Spielregeln basiert, welche wir vor ca. 10 Jahren festgelegt haben.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

R. Heuberger (FDP): Eigentlich wollte ich zu diesem Traktandum gar nicht sprechen. Aber ich möchte jetzt trotzdem 1) eine Lanze brechen für das Projekt und 2) ein Plädoyer halten für das rechtsstaatliche Handeln, das wir als Parlament machen sollten.

Ich freue mich, dass sogar die Qualität dieses Projekts ausdrücklich loben. Und dass auch sie sehen, dass da sehr vieles gemacht wurde, das eben gut und richtig ist. Und auch dem Zeitgeist entspricht. Was mich dann aber wundert, ist, dass man es dann andererseits ablehnt mit Begründungen, bei denen man sagen muss, das ist gar nicht Teil dieses privaten Gestaltungsplans. Sondern des öffentlichen Gestaltungsplans, den man vor 10 Jahren beraten hat. Und dort wäre der politische Einfluss gewesen, um das zu ändern. Jetzt ja, zum Beispiel Frischluftkorridore waren damals tatsächlich noch kein Thema. Heute ist es eines. Aber wenn

ENTWURF

man das Gutachten anschaut, so sagt das Gutachten auch klar aus, dass der Effekt lokal vorhanden ist – aber sorry, das ist immer vorhanden, wenn man Häuser baut! – dass es aber gesamtheitlich gar nicht so wahnsinnig viel ausmacht. Also dass es ziemlich gut geplant wurde mit den Rahmenbedingungen, die wir haben.

Und man muss auch sehen: Wir haben 25% Freifläche. Wir haben einen Baumbestand, der enorm ist, mit grosskronigen Bäumen. Wir haben die Umsetzung des Alleenkonzepts. Es wurde gesagt von Kathrin, die Versiegelung soll minimiert werden. Die Retentions- und Versickerungsflächen sollen mit Staudenpflanzen bepflanzt werden. Und und und. Und ja, man hat keine begrünten Fassaden. Vielleicht würde man das heute tatsächlich anders machen. Aber es ist ein gutes Projekt. Und man kann immer noch mehr wollen.

Letztendlich ist die Frage: Wie verhalten wir uns rechtsstaatlich? Und damit komme ich zum 2. Punkt, zu meinem Plädoyer für die Rechtsstaatlichkeit. Es ist gesagt worden: Die Grundlage dieses privaten Gestaltungsplans ist ein öffentlicher Gestaltungsplan. Den haben wir – oder bei fast allen unsere Vorgänger – hier drinnen verabschiedet. Nachdem über 10 Beratungen in der zuständigen Kommission stattgefunden haben. Es hat anschliessend einen Landumlegungs- und Erschliessungsvertrag gegeben mit den Grundeigentümern. In diesem Vertrag haben die Grundeigentümer Flächen an die Stadt abgetreten. Sie haben ganz viele Plätze im öffentlichen Raum finanziert, z.B. das Parkband, die Solarstrasse, den Bahnhofplatz Station Hegi – vermutlich sogar das Bushäuschen, das die SVP kritisiert -, die Hofackerstrasse und und und. Im Gesamten hat man einen Betrag von 12 Millionen von diesen Grundeigentümern abgerungen. Und hat dazumals eigentlich eine Mehrwertabgabe kreiert, die man noch gar nicht kannte. Und jetzt, wo der Bauherr genau das umsetzt, was man vertraglich mit ihm vereinbart hat, und nur noch minimalster Spielraum da ist, gehen wir hin und sagen: «Hurra, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.» Sorry, das kann es einfach nicht sein.

Wir haben einen öffentlichen Gestaltungsplan, wir haben einen Vertrag und der Grundeigentümer muss sich darauf verlassen können, dass wenn er alle Vorgaben einhält in diesen Verträgen, dass er dann auch bauen darf. Auch 10 Jahre später. Und auch wenn sich die Rahmenbedingungen leicht geändert haben.

Zum Beispiel die Hofackerstrasse, die die SVP kritisiert: Kann man gerne machen, ist aber Teil des öffentlichen Gestaltungsplans. Das hätte man vielleicht damals schon sagen müssen, dass man das nicht möchte. Jetzt ist es ein bisschen spät.

Ich weiss, dass Winterthur sehr vieles Zürich nachmacht. Aber ich hoffe sehr, dass wir nicht jetzt auch noch damit anfangen, den Bau von Wohnungen hier in Winterthur zu verhindern. Und in diesem Sinn wird die FDP sowohl die Vorlage wie auch die Änderungsanträge der Kommission annehmen. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Nach diesem schönen Plädoyer für Rechtssicherheit kann ich jetzt auch eine Stufe herunterfahren und kurz erläutern, was die SP-Fraktion zu diesem Geschäft meint. Wir haben das intensiv in der Fraktion besprochen.

Es ist einfach so: Wir haben eine Vorlage vor uns, für welche vor 10 Jahren unter anderen Rahmenbedingungen Eckpunkte gesetzt wurden. Das ist ein grundsätzliches Problem und deshalb gibt es ein grundsätzliches Unbehagen. Wir haben immer wieder mit solchen Gestaltungsplänen zu tun, die in einer Zeit entstanden sind, in der gewisse Themen noch gar nicht auf dem Radar waren (Stichwort Klimaökologie) oder zu wenig auf dem Radar waren (Stichwort Mobilitätskonzept und autoarme Siedlungen) oder einfach nicht die Verhandlungsmittel vorhanden waren, um das in Verhandlungen einsetzen zu können (Stichwort Parkplatz, Stichwort Öffentlicher Verkehr) etc.

Und das ist jetzt halt auch so ein Gestaltungsplan, der intensiv verhandelt wurde. Wir anerkennen ausdrücklich, dass das sehr gut verhandelt worden ist. Es ist wahrscheinlich so gut mit den Investoren verhandelt worden, mehr als der SVP zum Beispiel normalerweise lieb wäre. Die Stadt hat gut mit den Leuten gesprochen. Und, Philipp Angele, es ist halt nicht ein Steuern, sondern es geht um das Verhandeln bei privaten Gestaltungsplänen. Das Amt für Städtebau und das Departement hat bei solchen Verhandlungen wenig zu steuern, sondern

ENTWURF

man muss diese Eckpunkte sorgfältig und hartnäckig aushandeln – und das hat die Stadt gemacht. Das anerkennen wir ausdrücklich.

Aber es ist einfach so, es hat Punkte drin, die ziemlich unbefriedigend sind. Kathrin Frei hat erwähnt, dass es natürlich keine autoarme Siedlung ist, obwohl es verkehrsmässig hervorragend erschlossen ist. Es ist der Kaltluftkorridor, der absolut kein Thema war. Da muss man halt einfach in diesem Parlament selbstkritisch sagen: Ich habe die Ratsdebatte damals nachgelesen: Es ist kein einziges Votum gefallen zu Klimaaspekten, weder von der SP noch von den Grünen noch von der GLP, das war schlicht überhaupt kein Thema im Februar 2014, als das Parlament das beraten hat. Und das müssen wir selbstkritisch zur Kenntnis nehmen. Aber es ist etwas, das heute eigentlich drin sein sollte.

Die Diskussion ging bei uns auch darum: Wollen wir da quasi ein Zeichen setzen? Wollen wir das notfalls ablehnen?

Allerdings ist es so, das habe ich bei der Vorstellung des Geschäfts auch erklärt, dass wir da einen Sonderfall vor uns haben: Es ist kein normaler privater Gestaltungsplan, wo es allenfalls noch möglich wäre, die Verhandlungen nochmals aufzunehmen. Sondern hier hat man vertragliche Regelungen, vor allem der Landumlegungs- und Erschliessungsvertrag ist ein öffentlich notariell beglaubigtes Dokument, welches das Ende von sehr langen Verhandlungen ist. Und da gibt es ganz klar juristische Risiken. Und die Rechtssicherheit wäre für zumindest die Mehrheit der Fraktion hier nicht gegeben.

Das ist der Grund, weshalb sich die Fraktion SP dazu entschieden hat, sich dem Ablehnungsantrag der Grünen mehrheitlich nicht anzuschliessen. Eine Minderheit von uns wird ihn unterstützen, eine Mehrheit wird den Ablehnungsantrag ablehnen.

Ich benutze das Wort «Zeichen setzen» nicht, das ist immer etwas, was in Richtung heisse Luft geht. Aber es ist einfach sehr unbefriedigend, dass wir immer wieder – es ist nicht das erste solche Geschäft, das kommt immer wieder – solche Geschäfte haben, bei denen wir heute Eckpunkte und Rahmenbedingungen akzeptieren müssen, bei denen die Weichen vor 8 – 10 Jahren falsch gestellt wurden. Und der Zug, der jetzt rollt, eigentlich in die falsche Richtung rollt. Vielleicht kann man dieses Bild benutzen. Ich möchte nicht das Bild der Dinosaurier benutzen, wie es Kathrin Frei gesagt hat – es ist kein Dinosaurier. Es war state of the art 2014, auf eine sehr gute Art, das möchte ich nochmals betonen, aber es war quasi eine Weiche, die damals aus heutiger Sicht nicht richtig gestellt wurde. Und heute ist dieser Zug, der jetzt fährt, nicht ganz dorthin unterwegs, wo er hinsollte. Vielleicht kann man das so auf den Punkt bringen.

L. Studer (GLP): Gleich das Grundsätzliche vorweg: Die GLP wird den Gestaltungsplan Ohrbühl so annehmen und unterstützen. Auch wir machen dies nicht mit Begeisterung, aber wir haben einen Sinn für Rechtssicherheit.

Das Thema Gestaltungsplan, das wurde ja schon gesagt, wurde schon vor 10 Jahren im Rat diskutiert. Wir haben es in der Vorstellung bereits gehört, vielen Dank an Benedikt Zäch an dieser Stelle für die sorgfältige Vorstellung. Der Gestaltungsplan wurde am 24. Februar 2014 so im Parlament diskutiert und angenommen. Die Weichen sind also vor 10 Jahren schon gestellt worden,

Und klar: Wir haben in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse gewonnen – hoffentlich auch ist etwas passiert! Rahmenplan Stadtklima, Kaltluftkorridor, Schwammstadt – davon hat niemand geredet vor 10 Jahren.

Und trotzdem, es wurden nicht nur neue Erkenntnisse gewonnen, sondern es wurde auch geplant, investiert und gebaut. Und die Grundlage bildet immer der öffentliche Gestaltungsplan, also die Planungszone Neuhegi-Grüze. Es ist also jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um einen Rückzieher zu machen – das hätte man vor 10 Jahren machen können.

In der Planungszone sind die Anforderungen bindend festgelegt worden. Und das ist bindend auch für die Stadt.

Die GLP hat als einzige Partei damals den öffentlichen Gestaltungsplan Umfeld Hegi – also das Gebiet, über das wir heute befinden - abgelehnt und entsprechende Bedenken geäussert. Ohne Erfolg, wie wir heute sehen. Es wurde damals plädiert, wir müssten auch die Folgekosten sehen. Es wurde damals schon darauf hingewiesen, dass das Schulhaus Neuhegi

ENTWURF

zu klein ist, temporäre Klassenzimmer waren damals schon geplant und Schulraum wurde dringend benötigt. Alles Punkte, die wir heute immer noch haben. Im Richtplan ist festgesetzt, dass Schulraum dringend benötigt wird im Raum Hegi. Und jetzt haben wir die letzte freie Fläche, die bebaut wird ohne Schulraum. Aber das kann man jetzt auch nicht mehr ändern, denn das hätte man schon bei der Planungszone Neuhegi-Grüze festlegen müssen.

Jetzt können wir da natürlich auf den Tisch hauen und den Gestaltungsplan ablehnen und damit 10 Jahre Investitionen und Planungen in Frage stellen. Eine solche Ablehnung schmälert natürlich extrem die Attraktivität des Instruments Gestaltungsplan. Und dieses wird natürlich immer wieder zum Zug kommen, das ist auch so vorgesehen, um die Verdichtung zu erreichen, die wir dringend brauchen.

Die GLP hat gegenüber dem Instrument Gestaltungsplan gewisse Bedenken, die sich jetzt eben auch zeigen: Es ist schwerfällig und es ist aufwändig für die Investoren. Und wenn wir es jetzt ablehnen, gesellt sich ein zusätzliches Bedenken dazu, nämlich die Unsicherheit. Unabhängig davon, ob ein Gestaltungsplan sinnvollerweise eingesetzt wird oder nicht – das ist jetzt nicht Thema: Es dürfen keine Rechtsunsicherheiten entstehen bei diesem Instrument. Oder wir können den Gestaltungsplan annehmen und daraus lernen, das wurde auch schon erwähnt. Das Instrument Gestaltungsplan muss mit Bedacht eingesetzt werden in Zukunft, damit solche Diskussionen nicht verstärkt entstehen.

Und konkret in diesem Gestaltungsplan ist das Thema Schulraum. Ich habe es gesagt, es ist nicht mehr möglich, da konkret Schulraum zu fordern. Dafür ist es zu spät. Aber jetzt muss das Gespräch gesucht werden mit den Grundeigentümern, dass dort, wo es sinnvoll und möglich ist, noch Schulraumbedarf angemeldet und im Rahmen des Möglichen umgesetzt werden kann.

Wir haben es schon gehört: Das Projekt hat durchaus auch gewisse Vorteile. Wir unterstützen das natürlich sehr, dass dort ein hoher Gewerbeanteil ist von 50 – 70%. Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, schliesslich sollen bis 2040 30'000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Und dort ist sicher ein guter Standort.

Das Alleekonzept wurde auch schon genannt, die Versiegelung wird minimiert, wir haben ein Mobilitätskonzept und das Klimagutachten sagt auch: «Eine mit der Planung einhergehende signifikante Zunahme der bodennahen Lufttemperatur wurde allerdings nicht festgestellt». Es ist also nicht so, dass es dort ganz düster aussieht.

Also zusammengefasst: Wir unterstützen den Gestaltungsplan Ohrbühl. Rechtssicherheit ist ein hohes Gut und das sollten wir mit einer Ablehnung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Es hat gewisse Mängel, diese sind aber nicht von einem solchem Ausmass, dass eine Ablehnung gerechtfertigt wäre. Und nochmals: Der Schulraumbedarf ist ein grosses Thema und deshalb sollte das im Gespräch mit den Grundeigentümern wirklich nochmals platziert werden, dass Schulraum entstehen kann an diesem neuen Ort.

A. Würzer (EVP): Zuerst danke ich unserem Kommissionssprecher Benedikt Zäch für die gute Präsentation des Geschäfts und der kontroversen Diskussionen, die in der SBK geführt wurden. Ich nehme es vorweg: Wir werden den Ablehnungsantrag nicht unterstützen, obwohl wir gewisse Sympathien dafür haben. Ein Plan B wäre jedoch nicht vorhanden und ob ein Folgeprojekt tatsächliche Verbesserungen bringen würde, ist zumindest fraglich. Den jahrelangen Arbeiten nun eine solche folgeschwere Absage zu erteilen, erscheint uns auch mit Blick auf die Rechtssicherheit sehr heikel.

Inhaltlich haben meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits die wesentlichsten Kritikpunkte erwähnt, von denen wir auch als EVP einige teilen. Es sind auch bereits verschiedene Bilder genannt worden. Und auch ich möchte mich da nicht zurückhalten: Das Ganze lässt sich insgesamt vielleicht auch mit einem Besuch in einem Restaurant vergleichen.

Nach Wahl vom einzigen Menu auf der Speisekarte ist uns ein pfannenfertiges Gericht aufgetischt worden. Trotz den drei Menugängen hat es ehrlich gesagt leider nur mässig geschmeckt. Rückmeldungen an die Küche liefen ins Leere, weil diese bereits geschlossen hatte. Das ist aber nicht als direkte Kritik an der Chefin de la cuisine gemeint. Die verwendeten Zutaten sind einfach lange Jahre in der Tiefkühltruhe gelegen. Dass diese Zutaten irgendwann nicht mehr wirklich frisch sind, ist völlig klar und es ist offensichtlich versucht worden,

ENTWURF

daraus noch das Beste zu kochen. Hinzu kommt, dass viele der Zutaten von einem externen Lieferanten stammen, und ja, auf dessen Produktequalität kann man im Nachhinein auch nur noch begrenzt Einfluss nehmen.

Zudem müssen wir auch sagen, dass es im Restaurant heiss und stickig gewesen ist. Wir hätten uns gewünscht, dass irgendjemand mal ein Fenster öffnet und etwas kühle und erfrischende Luft durch den Raum zirkulieren könnte. Das ist aber leider nicht passiert. Das Dessert haben wir uns deshalb erspart.

Die abschliessende Rechnung war jedenfalls besser gesalzen als das Essen.

Am Ende dieses kulinarischen Schiffbruchs sind wir von der EVP nicht mehr sicher, ob wir dieses Restaurant weiterempfehlen würden, ausser es erweitert die Auswahl auf seiner Speisekarte und verwendet in Zukunft nur noch frische Produkte, namentlich beispielsweise etwa Schulraum, gemeinnützigen Wohnungsbau oder Kaltluftkorridore. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass die diversen Restaurantbewertungen von den mehrheitlich kritischen Gäste zu einem Überdenken der Angebotsstrategie führen können.

En Guete allerseits.

Ph. Angele (SVP): Vielen Dank an Benedikt für das Darstellen des ganzen Geschäfts. Ich möchte nur noch erwähnen, dass es halt als Parlamentarier allgemein eine unbefriedigende Situation ist, dass man mit dem Rücken zur Wand steht und man nach 10 Jahren nur noch die Option «Vogel friss oder stirb» hat.

Benedikt hat das Bild vom Zug aufgebracht, wohin der fährt. Der Zug ist abgefahren, ungefähr so hast Du es formuliert. Ich sage einfach: Ein Zug ohne Lokführer ist toxisch.

Ich bin der Meinung, das Projekt ist nicht gut kalibriert und optimiert. Und wieso soll man nur unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit jetzt dieses Projekt schönreden?

B. Zäch (SP): Nur ganz kurz, Philipp: Der Zug hat einen guten Lokführer. Aber die Gleise führen in die falsche Richtung.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank für diese doch sehr angeregte Diskussion. Lassen Sie mich ein bisschen ausholen, denn es ist doch eine spezielle Ausgangslage, über die wir heute sprechen.

Normalerweise ist es so, dass ein privater Gestaltungsplan dann gewählt wird als Instrument, wenn die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer ein Projekt realisieren wollen, das mit der gültigen Bau- und Zonenordnung nicht realisierbar ist. D.h. in einem solchen Fall hat man entweder die Möglichkeit, einen privaten Gestaltungsplan zu erarbeiten mit der Stadt, in diesem Fall wird jetzt mit der neuen Rechtsgrundlage auch die Mehrwertausgleichsdiskussion geführt. In diesem Rahmen kann dann die Stadt ganz viele Interessen anmelden und im Rahmen von 40% kann dann ein Mehrwert auch in ein solches Projekt einfließen. Das ist der normale Fall.

Wenn in einem solchen Fall ein Gestaltungsplan nicht zustande kommt - sei das, weil man irgendwo unterwegs merkt, dass es nicht zielführend ist oder wenn es vom Parlament oder von der Stimmbevölkerung abgelehnt wird – dann hat die Grundeigentümerschaft immer noch die Möglichkeit, nach Regelbauweise zu bauen.

Hier haben wir eine andere Ausgangslage. Hier haben wir den öffentlichen Gestaltungsplan, der die Rahmenbedingungen vorgibt. Und die Alternative der Bauherrschaft in diesem Fall, wenn der Gestaltungsplan abgelehnt würde, ist einfach, nicht bauen zu können. Das ist mir noch wichtig, einfach zum Einordnen.

Das, was heute in der Diskussion zum Teil als Fehlplanung der Stadtverwaltung benannt wurde, das sind alles, wirklich alles, Punkte, die im Rahmen des öffentlichen Gestaltungsplans im Februar 2014 vom Parlament beschlossen wurden. Das sind die Rahmenbedingungen, die für uns die Leitplanken waren, um mit der Eigentümerschaft da den privaten Gestaltungsplan zu erarbeiten. Das vielleicht einfach als Klammer, wie dieser spezielle Gestaltungsplan zustande gekommen ist.

ENTWURF

In der Kommission wurde eine lange Wunschliste von Sachen präsentiert, die das Parlament an der Ohrbühlstrasse gerne hätte: Schwammstadtvollausbau, Schulraum, gemeinnütziger Wohnraum usw.

Wie gesagt: Wir haben aber da wirklich eine andere Ausgangslage. In 13 Kommissionssitzungen zur Planungszone Neuhegi und in mehreren Sitzungen zum öffentlichen Gestaltungsplan «Umfeld Hegi» wurde 2013/2014 intensiv an einer guten Lösung gearbeitet. Am Schluss stand ein Vertrag, der für die vielen Beteiligten (Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer, aber auch die Stadt) in diesem Stadtteil durchaus besteht. Der öffentliche Gestaltungsplan «Umfeld Hegi» ist ein Gesamtpaket und muss unbedingt auch als das angeschaut werden. Mehrere Baufelder sind bereits realisiert, überbaut. Andere sind aktuell im Bau. Die Mehrwerte für die Stadt wurden damals ausgehandelt und sie sind jetzt zum Teil schon sichtbar. Dank diesem Paket haben wir zum Beispiel ein durchgehendes Parkband zwischen der Schule Neuhegi; oder wir haben Alleen entlang der Strassen und können einen attraktiven Veloweg entlang der Gleise realisieren. Und wir haben durchgesetzt, dass es keine Schlafstadt gibt, sondern dass auch viel Gewerbefläche entsteht. Winterthur hat damals gut verhandelt, in einer Zeit, noch bevor das Wort «Mehrwertausgleich» in aller Munde war.

Im Ohrbühl ganz konkret war der explizite Wunsch der Stadt Winterthur, dass Wohnen und Arbeiten in Clustern zusammengebracht werden. Ein spannendes und innovatives Konzept, das diesen Stadtteil massiv beleben wird. Auch zusätzlicher Schulraum ist mit diesem Konzept durchaus möglich. Man kann Gewerbeanteil da durchaus auch als Schulraum nutzen. Das ist nicht verunmöglicht mit diesem Gestaltungsplan. Mit den breiten, begrünten Durchgängen, mit der Spielwiese sowie den Wohngassen ist der Grünanteil durchaus hoch und der Anteil Versiegelung verhältnismässig klein. Es wird eine grosse Zahl von Bäumen gepflanzt und alle Dächer, die nicht Terrassen sind, sind begrünt.

Würde man heute noch strengere Klimaüberlegungen machen? Vermutlich ja. Aber an dieser Lage muss bei der Positionierung der Gebäude auch dem Hochwasserschutz Rechnung getragen werden und der Lärmschutz der Bahn und der St. Gallerstrasse und nicht zuletzt auch von der Schiessanlage, das muss man mitdenken.

Das Erschliessungs- und Verkehrskonzept an dieser mit dem ÖV doch sehr gut erschlossenen Lage ist nach wie vor aktuell und sinnvoll. Der Veloweg entlang der Gleise, der Teil des Gesamtpakets ist, wird die Veloverbindung noch stark aufwerten.

Und was den Kaltluftstrom betrifft, da zeigen die Klimagutachten, das haben wir heute in einigen Voten gehört, dass für die angrenzenden Flächen keine signifikante Erhöhung der nächtlichen Temperaturen zu erwarten ist.

Es wurde heute in den Voten sehr vieles sehr schlecht geredet, das doch in einer Gesamtbeurteilung nicht so schlecht daherkommt.

Kurz gesagt: Diesem Gestaltungsplan können Sie mit gutem Gewissen zustimmen. Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger im Parlament haben solide Arbeit geleistet. Der Gestaltungsplan ermöglicht dringend benötigten Wohnraum, aber auch zusätzliche Arbeitsplätze und eine bessere Veloinfrastruktur.

Eine Ablehnung hingegen wäre ein absolut fatales Signal. Es würde nämlich bedeuten, dass man sich auf die Stadt als Verhandlungspartnerin nicht mehr verlassen kann, dass Spielregeln im Nachhinein jederzeit abgeändert werden können. Und dafür möchte ich nicht hinstehen müssen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Es sind keine weiteren Anträge bekannt und somit kommen wir zur Detailberatung. Ihr habt am letzten Freitag per Mail das Kommissionsbeschlussblatt erhalten mit allen Ziffern, es wird jetzt noch eingeblendet. Ziffer 1 und 2 sind unverändert. Über was wir jetzt noch abstimmen müssen, das ist Ziffer 3.

Wenn Ihr A drückt, dann stimmt Ihr der Fassung SBK gemäss Kommissionsbeschlussblatt zu. Wenn Ihr B drückt, dann ist es die Fassung des Stadtrats.

M. Sorgo (SP): Müssen wir nicht zuerst über den Ablehnungsantrag abstimmen?

ENTWURF

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Es ist ein Stadtratsgeschäft, da kann man einfach zustimmen oder ablehnen. Wir sind jetzt in der Detailberatung, bei der Bereinigung von Ziffer 3. Ihr könnt der SBK-Variante die Stimme geben oder sonst der Stadtratsvariante.

Wenn wir Ziffer 4 dann auch abgestimmt haben, dann gibt es noch eine Abstimmung, wer dem Gestaltungsplan zustimmen möchte und wer ihn ablehnen möchte, also die sogenannte Schlussabstimmung. Ist das Vorgehen somit klar?

Dann wiederhole ich jetzt: Sobald die Abstimmung läuft, habt Ihr 20 Sekunden Zeit. Und Ihr könnt auch noch switchen. A drückt Ihr, wenn Ihr die Fassung SBK unterstützen möchtet.

Und B drückt Ihr, wenn Ihr die Fassung Stadtrat möchtet.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 53 Ja zu 0 Nein. Das Parlament hat einstimmig der Ziffer 3 gemäss SBK-Antrag zugestimmt.

Wir kommen zur Bereinigung der neuen Ziffer 4, die zusätzlich kommen soll. Wenn Ihr A drückt, stimmt Ihr der Ziffer 4 zu. Wenn Ihr B drückt, lehnt Ihr sie ab.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 54 Ja zu 0 Nein. Das Parlament hat einstimmig der neuen Ziffer 4 gemäss SBK-Antrag zugestimmt.

Somit habt Ihr beiden Anträgen zugestimmt, der Fassung SBK für Ziffer 3 und dass man die neue Ziffer 4 so übernimmt.

Somit kommen wir jetzt zur Schlussabstimmung. A drückt, wer den Gestaltungsplan in der Fassung SBK unterstützen möchte. B drückt, wer den ganzen Gestaltungsplan ablehnen möchte.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja zu 19 Nein bei 1 Enthaltung. Somit habt Ihr dem privaten Gestaltungsplan zugestimmt.

Ich danke Euch für das Engagement und wünsche Euch «En Guete». Wir treffen uns um 20 Uhr wieder hier.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir starten mit der Abendsitzung.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.89: Verpflichtungskredit von Fr. 2'200'000 für den Neubau der Lichtsignalanlage Knoten Auwiesenstrasse / In der Au (Projekt-Nr. 11776) (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Das Geschäft ist noch nicht behandlungsreif.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.80: Begründung der Motion G. Porlezza (FDP) betr. Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung der Motion betreffend Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum. Das Wort hat zuerst die Erstmotionärin Gioia Porlezza. Danach ist uns ein Ablehnungsantrag der Grünen bekannt. Nachher kommen alle weiteren, die sich dazu äussern möchten, bitte einfach in die Rednerliste eintragen. Gioia, Du hast das Wort.

G. Porlezza (FDP): Ich spreche meistens nicht wahnsinnig viel in diesen Sitzungen – und doch wird dieses Votum heute ein bisschen länger. In Anbetracht dessen, wie viele Voten ich bereits ertragen durfte, wird mir das vielleicht verziehen.

Worum geht es bei dieser Motion? Es geht darum, dass in der Wohnzone von Winterthur mindestens ein Stock höher gebaut werden dürfte. Die vorliegende Motion habe ich vielleicht mit ein bisschen jugendlichem Leichtsinn in diese Runde geschickt. Derselbe Leichtsinn, der mich überhaupt in dieses Parlament getrieben hat, nämlich der Glaube, dass wir gemeinsam das Leben für alle Winterthurerinnen und Winterthurer ein bisschen besser machen könnten. Wir haben hier drinnen schon über verschiedene Anliegen zum Thema Wohnen gesprochen. Meine Ratskollegen rechts von mir (bzw. politisch links) haben verschiedene Ideen eingebracht. Wir in der Fraktion haben uns Gedanken dazu gemacht, weil es wichtig und richtig ist, dass wir uns damit beschäftigen, was die Leute in Winterthur wirklich betrifft – und nicht nur über Laubbläser und Fussbäder sprechen. Und die Frage, die ich mir immer wieder stelle, ist ganz einfach: Warum gehen wir in Winterthur eigentlich so verschwenderisch mit dem Platz, aber so stiefmütterlich mit der Höhe um? In der Winterthurer Wohnzone einen Stock höher zu bauen, das ist wirklich kein intellektueller Quantensprung. Aber trotzdem think over the rooftop.

Mein Parlamentsjugendleichtsinn kam aber zu einem abrupten Ende. Als ich diese Motion mit allen Fraktionen abgesprochen habe, ist sie zwar auf Anklang gestossen, aber irgendwie auch nicht. Man findet immer einen Grund, etwas blöd zu finden. Aber sind wir ehrlich: Viel einfacher geht es ja eigentlich nicht. Wenn wir uns da nicht dazu durchringen können, das an den Stadtrat zu überweisen – ganz im Ernst: Bei was dann?

Vier Punkte dazu:

- Es wird kein zusätzlicher Platz verbaut, keine Grünfläche fällt Beton zum Opfer.
- Es ist herzlich egal, ob Sie in Hegi vom 5. an den 5. oder vom 8. an den 8. Stock schauen.
- Und nein, es gibt kein Grundrecht auf Aussicht. Wenn Sie das wollen, dann ziehen Sie ins Tösstal, dort kann ich Ihnen gute Kontakte vermitteln.
- Die Ausnutzungszimmer kann kaum einfacher verbessert werden, als wenn Sie bestehende Bausubstanz aufstocken.

Aber offenbar konnte sich nur die GLP im Vorfeld vorstellen, dass höher bauen vielleicht sinnvoll ist, wenn man nicht einfach mehr Fläche verbauen und trotzdem mehr Wohnraum schaffen will. Für mich persönlich ist Wohnbaupolitik weder links noch rechts. Für mich ist eigentlich gar nichts in unserer Gemeindepolitik so schwarz/weiss, dass man nicht darüber sprechen könnte. Entsprechend enttäuscht, wie ich zugeben muss, war ich über die Reaktionen aus den anderen Parteien. Und wie ich sagen muss: Ich glaube, der Fraktionszwang war oftmals stärker als die eigentliche Vernunft der Leute, mit denen ich gesprochen habe.

Die Absagen waren teilweise ziemlich diffus. Ja, vielleicht wird sich irgendjemand damit einen Dachstock vergolden. Aber ganz im Ernst: Wen interessiert das, wenn dafür womöglich Hunderte von Familien, Paaren und Alleinstehenden mehr Wohnraum in Winterthur finden, ohne dass dafür zusätzliche Fläche verbaut werden muss. Kann denn Neues nur eingeführt und ausprobiert werden, wenn ganz sicher niemand fälschlich davon profitiert? Also ganz im Ernst: Würden alle Politiker so denken, dann wäre ganz sicher nie ein Sozialstaat entstanden. Es gäbe keine IV, keine Ergänzungsleistungen und schon gar keine Sozialhilfe. Und ich bin überzeugt, niemand hier drinnen würde mir sagen, dass das schlechte Errungenschaften seien. Und auch dort profitiert vielleicht jemand ungerechtfertigt. Damit kann ich ganz im Ernst leben, wenn dafür die überwiegende Mehrheit wirklich etwas davon hat.

Und um genau das geht es da. Und das ist eigentlich genau unser Job: Möglichst einfach die Ideen finden, die das Leben von vielen einfacher machen.

ENTWURF

Ich bin wenig optimistisch und ehrlich gesagt auch ein bisschen desillusioniert. Wir diskutieren hier drinnen viele Montage über Ideen, welche zum Teil so krass kleine Minderheiten interessieren (manchmal auch nur gerade das eine Parlamentsmitglied, das gerade spricht), aber wenn man einmal eine einfache Idee hat, die auf simple Weise ein Problem angeht – nicht unbedingt löst, aber angeht – dann ist die Parteipolitik wichtiger. Dann spielt die Idee keine Rolle, sondern der Stempel FDP.

Ich hoffe, auch die Medien schauen heute genau hin, wer diese Motion einmal in einem ersten Schritt an den Stadtrat überweisen möchte. Oder eben nicht. Sind es dieselben, die sich sonst immer möglichst bürgernah geben? Gerne würde ich von diesen Parlamentarier/-innen dann wissen, wie sie den Leuten auf der Strasse erklären wollen, dass man lieber ein Problem (nämlich zu wenig Wohnraum) bewirtschaftet, anstatt einmal einen ersten Schritt zu gehen.

Wie gesagt: Einen Stock höher bauen ist keine intellektuelle Glanzleistung, muss es aber auch gar nicht sein. Heute geht es auch gar nicht darum, dass das umgesetzt wird. Es geht darum, dass wir einen ersten Vorschlag erhalten würden.

Während der Budgetdebatte haben wir gehört, dass einige Parlamentarier/-innen erschüttert darüber sind, was aus diesem Parlament geworden ist. Ich bin noch nicht so lange dabei und ich bin auch noch nicht so alt, als dass ich das beurteilen kann, ich bin aber ziemlich irritiert, wie mit realpolitischen Ideen umgegangen wird. Und ich hoffe heute darauf, dass jeder sich bewusst ist: Wir sind alles eigenständige Persönlichkeiten hier drinnen, hinter denen Wählerinnen und Wähler stehen, die unserem Urteilsvermögen trauen. Es gibt keinen Passus für einen Fraktionszwang.

Realpolitik das ist das, was wir machen sollen. Und ich sage Ihnen, meine lieben Parlamentskollegen: Ich bin in erster Linie Winterthurerin und nicht FDPlerin. Und genauso sollten wir hier drinnen Politik machen: Für Winterthur und nicht für unsere Parteien. Ich hoffe deshalb, dass heute der Fraktionszwang keine Rolle spielt, sondern jede und jeder sich überlegt, ob Parteipolitik wirklich wichtiger ist als Lösungen zu finden.

Ich bedanke mich bei allen, die über ihren Schatten springen und diese Motion mit uns weiter an den Stadtrat verweisen. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Gioia. Der Ablehnungsantrag wird von Reto Diener (Grüne) begründet.

R. Diener (Grüne/AL): Ich muss Dir leider ein bisschen Schwarz-Weiss-Sicht unterstellen bzw. vorwerfen, was Du jetzt uns unterstellt hast. Denn was Du möchtest, das ist wirklich schwarz-weiss, einfach mit der grossen Pflasterkelle überall einen Stock mehr auf die Häuser bauen. Das kann man natürlich fordern, ja, das macht vielleicht im ersten Moment auch noch Sinn. Aber wenn man den neuen Richtplan anschaut, den wir gerade am Diskutieren sind, der in der Vernehmlassung ist und bei dem jetzt dann die Antwort der Stadt kommen sollte auf alle unsere Anträge, die wir gestellt haben – dann hat man eben eine differenzierte Betrachtung der Bauareale, der Wohnareale, die man umsetzen möchte. Da möchte man etwas genauer hinschauen: Wo wollen wir verdichten, wo verdichten wir nicht? Wo will man speziell eine Herausforderung des Wohnraums lösen, wo will man aber auch andere Themen berücksichtigen?

Es ist deshalb keine gute Idee, jetzt einfach mit der grossen Pflasterkelle vorab - bevor wir diese Diskussion des Richtplans überhaupt geführt haben, hier in diesem Parlament, wo wir sie auch noch führen müssen – vorab jetzt mit einem einfachen, scheinbar simplen Instrument eine Schwarz-Weiss-Situation zu schaffen: Wir geben einfach überall etwas oben drauf und das ist gelöst. Das Anliegen kommt als Wundermittel daher für das Unterbringen von zusätzlichem Wohnraum für zusätzliche Einwohnende. Studien zeigen aber, das ist auch bekannt und das dürfte auch Euch in der FDP bekannt sein, dass dem gar nicht so ist, dass wenn man einen Stock erhöht und so verdichtet, dass es dann tatsächlich auch für mehr Leute Wohnungen gibt. Und es ist auch gar nicht klar, ob es dann auch bezahlbaren Wohnraum gibt. Das ist dann nochmals ganz ein anderes Thema.

ENTWURF

Ausnützung oder Erhöhung der Baumassenziffer garantiert überhaupt nicht, dass tatsächlich am Schluss mehr Leute in dieser Stadt wohnen. Es kann genauso passieren, wie es an vielen Orten passiert ist, wo man Verdichtungen gemacht hat, dass dann einfach viel mehr teurer Wohnraum entsteht, in dem viel weniger Leute wohnen als vorher. Also oft passiert aus einem gut gemeinten Vorschlag das Gegenteil und es geschieht gar nicht das, was man eigentlich wollte. Sondern es passiert eine monetäre Aufwertung, die nur noch wenigen zugute kommt.

Für uns ist es nicht der richtige Zeitpunkt, um jetzt darüber zu entscheiden. Wenn der neue Richtplan diskutiert und verabschiedet ist, können wir über all das sprechen. Dann muss diese Diskussion selbstverständlich geführt werden, wo man wie höher ausnützen will. Ob das dann ein Stock mehr ist oder ob es eine Aussage ist, wie sie jetzt in der Stadt Zürich in der Diskussion ist, dass man sagt, dafür müssen die Gebäude erhalten bleiben - darüber würden wir gerne diskutieren und da sind wir auch bereit, darüber zu diskutieren. Da gibt es sicher auch Möglichkeiten, wo wir uns finden. Aber so allgemein, wie es hier formuliert ist, sicher nicht. Wir verschliessen uns dieser Diskussion nicht, aber es gibt für die BZO, die wir dann als Folge der Richtplanung anpassen müssen oder anpassen dürfen, noch ganz viele andere Herausforderungen, die wir auch angehen müssen. Zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum ist eine, Schutz der Bausubstanz (wegen der enthaltenen grauen Energie, was wieder dringend für das Klima wichtig ist). Ein wichtiges Thema ist die Sorge um das Stadtklima, wegen der Erwärmung, genügend Freiräume und genügend Raum für Mensch und Natur, für die Biodiversität. Da wird es eine sorgfältige Abwägung benötigen zwischen ganz verschiedenen Interessen und Überlegungen. Diese Diskussion werden wir führen müssen. Jetzt ist es aber zu früh für einen solchen allgemeinen, einfachen Ansatz. Der isolierte Fokus auf die Pflasterkelle zugunsten der (etwas überspitzt formuliert) bereits privilegierten Hauseigentümerschaft ist da definitiv fehl am Platz.

Danke für die Ablehnungsunterstützung.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ja, Gioia, betreffend Fraktionszwang bin ich froh, dass Du es nicht gleich hältst wie der FDP-Präsident der Bundeshausfraktion der FDP, der soziale Kontrolle anwendet in der Fraktion. Da sind wir froh, alle, glaube ich, dass Du das anders siehst. Zur vorliegenden Motion: Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion aus den folgenden Gründen ab – aus Überzeugung, nicht weil es einen Zwang gibt:

Eine BZO-Revision ist bereits angekündigt. Dies sieht man zum Beispiel im Bericht zum FDP-Postulat betreffend «Bauliche Verdichtung durch Aufhebung Mehrlängenzuschlag». Die FDP könnte das Anliegen also in diese BZO-Revision einfließen lassen.

Auch inhaltlich lehnen wir die Motion aber ab. Wir sind der Meinung, dass nicht über die ganze Stadt flächendeckend um mindestens ein Stockwerk höher gebaut werden soll. Im Gegenteil, wir teilen die Meinung, die man bei der Auflage des Richtplans sah, wo die Auflage abgeschlossen worden ist, dass das Bevölkerungswachstum auf das urbane Rückgrat und die starken Quartiere fokussiert werden soll und in den anderen Regionen nur ein moderates Wachstum stattfinden soll.

Ausserdem sind wir der Meinung, dass das Bevölkerungswachstum in Winterthur mit planerischen Massnahmen verlangsamt werden muss. Wir sind der Meinung, dass 135'000 Einwohner bis 2040 Winterthur in jeder Hinsicht überfordern. Weder kann Winterthur mit der Infrastruktur im aktuellen Wachstums-Tempo mithalten, noch mit der Finanzierung der soziokulturellen Folgen. Im Gegensatz zur Motion muss das Ziel sein, das Wachstum zu verlangsamen und zu lenken, nicht flächendeckend um mindestens ein Stockwerk zu beschleunigen.

M. Gross (SVP): Ist eine gewisse Ironie darin, dass dieser Vorstoss jetzt gleich nach der flammenden Rede von Romana zur Rechtsstaatlichkeit, zur Rechtssicherheit kommt. Sie hat sogar Adenauer zitiert: «Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?» Ich würde das jetzt leicht abändern und Gioia unterstellen «Was interessiert mich mein Geschwätz vom letzten Votum?»

ENTWURF

Grundsätzlich kommt das bei uns auch sympathisch daher, es hat auch einen liberalen Anstrich, wenn man in die Höhe bauen will. Man kann so auch den benötigten Wohnraum sicherstellen, das stellen wir nicht in Frage. Trotzdem hat die SVP-Fraktion beschlossen – und zwar einstimmig beschlossen, wir mussten keinen Fraktionszwang machen – dass wir diese Motion nicht unterstützen werden. Ich möchte die wichtigsten Gründe kurz nennen:

1. Rechtsstaatlichkeit, Bau- und Zonenordnung:

Die Rechtssicherheit ist in unserem Land ein zentrales Gut. Dazu gehört auch, dass man Investitionen, die man macht, über die Bau- und Zonenordnung absichert. Die Bau- und Zonenordnung trägt dazu bei, dass sich das Land nachhaltig organisiert entwickelt, dass es gesteuert wird, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung, der Schutz der Umwelt und eine effiziente Nutzung von Ressourcen berücksichtigt wird. Und das auch über kurzfristige Anliegen gestellt wird. Und das ist der Sinn der BZO, nichts anderes. Grundsätzlich muss man sich nur einmal vorstellen, man hat gerade eine Wohnung mit unverbaubarer Aussicht erworben und musste sich dafür mit einer Hypothek verschulden – und dann kommt das Stadtparlament, macht eine kurze Motion, jetzt wird eine Etage aufgestockt und die unverbaubare Aussicht ist jetzt nicht mehr da. Und der Wert der Wohnung ist somit gesunken. Das ist dann wahrscheinlich nicht im Sinne der Rechtsstaatlichkeit.

Wir sind aber nicht gegen eine Liberalisierung der BZO. Es muss dann einfach über die BZO passieren. Es gibt aber dort vielleicht bessere – jedoch weniger populistische – Ansätze wie zum Beispiel die Nutzungsziffer, die wir diskutieren könnten. Es macht keinen Sinn, dass wir eine Nutzungsziffer haben, mit der wir z.B. heutige Dachstöcke nicht ausbauen können. Da könnte man gut darüber sprechen, dass man die Nutzungsziffer zum Teil erhöhen könnte, insbesondere innerstädtisch.

2. Ungebremstes Wachstum in Winterthur:

Winterthur wächst und wächst und wächst. Gemäss neusten Prognosen (und die sind eben nicht mehr bei 135'000, wie es Andreas Geering gesagt hat) geht das Richtung 140'000 bis 150'000 Einwohnende, 2050 vielleicht sogar Richtung 160'000 Einwohnende. Ich kann mich erinnern, in der Kindheit haben wir noch von etwas mehr als 80'000 Einwohnenden gesprochen. In noch nicht einmal 100 Jahren sprechen wir also von einer Verdoppelung der Bevölkerung. Die Infrastruktur kann aber nicht gleich mitwachsen. Andreas hat diese Probleme angesprochen: Das Verkehrsnetz ist am Kollabieren, auch weil wir es immer noch weiter schwächen. Es fehlen Hallenbäder, es fehlen Schulen – wir haben überall diese Problematik, im ganzen System. Und deshalb ist es wichtig, dass man das Wachstum ein bisschen kontrolliert, dass das nicht ungebremst bleibt.

3. Reine Symptombekämpfung:

Das gilt eigentlich für alle Vorstösse, die in diesem Bereich kommen: Es ist reine Symptombekämpfung. Wir bekämpfen mit jeder noch so intelligenten Massnahme eigentlich nur die Symptome. Wir alle kennen die Ursache, wir sind aber nicht bereit, gegen die Ursache etwas zu machen. Und deshalb bleibt es bei einer Symptombekämpfung. Und das wissen wir auch aus der Medizin: Wenn man nur die Symptome bekämpft, dann wird die Ursache bleiben.

S. Gfeller (SP): Wir lehnen dieses Begehren ab, das kann ich vorwegnehmen. Viele Punkte wurden bereits genannt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb in bestehenden Wohnzonen nun beliebig Vollgeschosse oben aufgebaut dürfen sollten. Das ignoriert die Funktion, welche eine Zonenordnung hat und würde zu Wildwuchs führen. Der Grossteil des Wachstums, das wurde auch schon gesagt, soll über das urbane Rückgrat aufgefangen werden, und nicht jedes Quartier kann den gleichen Beitrag leisten. Diese Motion torpediert eigentlich den Gedanken der Gartenstadt und ist undifferenziert. Wer möchte z.B. ein Birchermüesliquartier, wo plötzlich ein Wildwuchs aus 2-, 3- oder 4-geschossigen Häuschen besteht? Da ist für uns das Quartierbild von höherem Stellenwert.

Mit den bestehenden Zonenplänen kann man schon jetzt innere und qualitativ gute Verdichtung erzielen, wo das opportun ist. Und auch das Argument, dass das höhere Bauen Grünflächen sichert, ist vorgeschoben, denn wenn man in den Wohnzonen am Stadtrand jetzt drei Stockwerke draufpackt, dann müssen wir auch nicht mehr über Tropennächte jammern, denn

ENTWURF

dann gibt es keine Luftzirkulation mehr in der Stadt, denn diese ist dann verbaut. Und die gesicherten Grünflächen können das dann auch nicht mehr kompensieren.

Wir brauchen eine differenziertere Wachstumsstrategie, denn Wachstum ist da, aber Wachstum muss man begleiten. Und zwar qualitativ gut. Und das kann man im Rahmen der BZO-Revision weiterentwickeln und die innere Verdichtung fördern.

Aber wir wollen keine Carte blanche für Aufstockungen, denn das ist die falsche Lösung. Wir wollen eine Verdichtung und wir wollen mehr Wohnraum – aber im richtigen Mass und am richtigen Ort. Und diese Motion nimmt auf beides keine Rücksicht.

L. Studer (GLP): Wir danken für Motion aus der Küche der FDP und nehmen zur Kenntnis, dass sie hoch hinaus wollen – so wie die GLP auch. Wir unterstützen deshalb diese Motion. Wir haben die Zahlen schon gehört, ob es jetzt 135'000, 140'000 oder 150'000 Einwohnende sind – es werden mehr. Wir haben auch noch nicht von der ZHAW gesprochen, die auch Ausbaupläne hat, es gibt also auch mehr Studierende in unserer Stadt. Und auch diese werden irgendwo wohnen müssen.

Es gibt kaum mehr freie Flächen und Grünraum muss geschützt werden. Der Richtplan sieht vor, dass kein neues Bauland eingezont wird. Zusätzliche versiegelte Fläche soll vermieden werden. Es braucht aber trotzdem zusätzlichen Wohnraum, diese Leute müssen irgendwo wohnen können – und da geht es natürlich über die Verdichtung in die Höhe.

Das ist ein zentrales Anliegen der GLP und wurde auch von uns bereits schon mal gefordert mit der Motion «Verdichtet Bauen durch Dachstockbauten».

Die Revision des kommunalen Richtplan steht ebenso bevor wie die Revision der BZO. Es ist deshalb jetzt der Zeitpunkt, um über Verdichtung zu sprechen. Im kommunalen Richtplan ist es ein zentrales Anliegen, dass man verdichtet baut, aber eben (es wurde auch schon gesagt) konzentriert auf das urbane Rückgrat. Wir von der GLP sehen das durchaus auch kritisch. Es gibt auch Quartiere, die verdichtet in die Höhe gebaut werden können. Gerade auch Genossenschaftswohnungen sind in den Quartieren – und wenn man mehr genossenschaftlichen Wohnraum möchte, müsste man auch in diesen Quartieren verdichtet bauen können. Das ist ein Anliegen, welches die Motion da so aufnimmt.

In Wohnzonen ein Stockwerk höher bauen ist ein sehr pragmatischer Vorschlag für verdichtetes Bauen und Wohnen in Winterthur. Aber wir haben ja schon Bereitschaft gehört, dass man da vielleicht auch Lösungsansätze findet, wenn diese Motion nicht zustandekommt, dass man da gemeinsam an Lösungen weiterarbeiten kann, wie man verdichtet bauen kann hier in Winterthur, zusätzlichen Wohnraum schaffen, ohne dass Grünfläche geopfert werden muss.

Wir werden aber die Motion so unterstützen.

A. Würzer (EVP): Ja, liebe Gioia, Du bringst mich ein wenig in eine Zwickmühle. Ich habe jetzt natürlich ein bisschen Angst, dass die Medien genau hinschauen und weiss nicht so recht was machen... Gleichzeitig kann ich kaum dem strikten Fraktionszwang der EVP entrichten. Es ist also durchaus eine schwierige Situation...

Aber zurück zu der Motion: Wir von der EVP sind auch der Meinung, dass es zusätzliche bauliche Verdichtung braucht in Winterthur. In der Begründung werden verzweifelnde Wohnungssuchende erwähnt. Dass wir hier ein Problem haben, hinterfragen wir auch nicht.

Wir sind einfach sehr skeptisch, ob der gewählte Ansatz dieser Motion der richtige ist. Im politischen Diskurs wird häufig – Achtung – das berühmterbuchtigte Giesskannenprinzip bemüht. Und auch diese Motion darf gewissermassen als eine Giesskanne bezeichnet werden. Sie verlangt nämlich, dass in allen Wohnzonen - ungeachtet der bestehenden Ausnützung - mindestens ein zusätzliches Vollgeschoss möglich sein soll, was zur Folge hätte, dass die heute bestehende Ausnützungsziffer deutlich erhöht würde. Das leuchtet ja alles noch ein, denn die Ausnützungsziffer ist definiert als das Verhältnis zwischen Wohn- und Landfläche. Weniger einleuchtend erscheint jedoch, dass dies in allen Wohnzonen auch zu einer höheren Bevölkerungsdichte führen soll. Denn dass in Wohnzonen, die jetzt von Einfamilienhäusern geprägt sind, ein zusätzliches Geschoss dazu führen wird, dass jeweils eine weitere Wohnpartie hinzukommt, darf mehr als bezweifelt werden.

ENTWURF

Ein kleines Gedankenexperiment: Wenn man die Bevölkerungsdichte als das Verhältnis zwischen Ausnützungsziffer und Wohnfläche pro Person auslegt, dürfte diese Motion in vielen Wohnzonen gar zu einer Abnahme der Bevölkerungsdichte führen, ironischerweise also gerade das Gegenteil von dem, was diese Motion eigentlich verlangt. Oder anders gesagt, eine höhere Ausnützungsziffer bedeutet nicht automatisch mehr Wohnraum für mehr Menschen. Noch einmal; dass es gewisse Wohnzonen gibt (das haben wir auch schon gehört), in denen ein zusätzliches Wohngeschoss Sinn macht, streiten wir nicht ab. Diese Motion ist aus unserer Sicht aber der falsche Weg.

Fazit: Der Fraktionsdruck war so hoch, dass ich schweren Herzens mitteilen muss, dass wir den Ablehnungsantrag unterstützen. Wir würden aber Hand bieten für einen differenzierteren Vorstoss, etwa in die Richtung, welche Reto Diener bereits erwähnt hat. Danke.

G. Porlezza (FDP): Danke, Alex. Ich freue mich auf viele weitere Voten von Dir, es ist sehr erfrischend.

Ich nehme gerne noch kurz Stellung zu den Voten von verschiedenen Parlamentskollegen. An die Fraktion der Grünen, Reto Diener: Danke vielmals, auch für den Ablehnungsantrag. Das macht das Ganze natürlich spannender (wenn ich es nicht schon gewusst hätte). Was gäbe es für ein besseres Sprichwort für einen Grünen als «wäre, hätte, Fahrradkette». Es wird niemand gezwungen, einen Stock mehr zu bauen, keine Angst, es kann jeder sein Einfamilienhäuschen behalten, der das hat. Es geht überhaupt nicht darum, dass man in sozialistischer Weise die ganze Stadt aufstocken müsste. Es geht darum, dass man das könnte, wenn man das möchte.

Auch dass die Stadt nicht so schnell wachsen soll, ist wohl mehr ein Scheinargument.

Die SP will anders verdichten. Wie, weiss ich auch nicht genau, aber Hauptsache anders als wir. Das ist auch gut. Vielleicht einfach noch zur Erinnerung: Diese Motion möchte einen Vorschlag des Stadtrats, und viel simpler und offener geht es ja eigentlich nicht.

Alles, was wir jetzt gehört haben in den Voten, das sind eigentlich mehr Interpretationen von dem, was wir geschrieben haben. Ausser von Alex, vielen Dank für das genaue Lesen. Lösungsansätze habe ich keine gehört.

Das einzige, was ich herausgehört habe, ist, dass jeder gerne sein eigenes Süppchen kochen möchte. Am Schluss haben wir also gar keine Lösung.

Heute sind hier drinnen viele Junge am Zuhören, was mich sehr freut. Und vielleicht kommen in der nächsten Generation noch ein paar Optimisten mehr nach. Ich freue mich darauf.

Und wenn Ihr nicht mehr Wohnraum wollt, dann ist das Euer gutes Recht. Dann sprecht aber bitte auch nicht von mehr bezahlbarem Wohnraum. Denn wenn es nicht mehr Wohnraum gibt, dann gibt es auch nicht mehr bezahlbaren Wohnraum. Das ist ziemlich simpel. Vielen Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, wer Gioia Porlezza bei der Begründung ihrer Motion zugehört hat, könnte meinen, dass sich in Winterthur bis jetzt noch nie irgend jemand die Frage gestellt hat, ob es Möglichkeiten zur Verdichtung gibt und wie man das Wachstum gestalten könnte. Wer hingegen die politischen Diskussionen in den letzten paar Jahren ein bisschen mitverfolgt hat, weiss zum Glück, dass dem nicht so ist.

Winterthur hat eine Vielzahl an unterschiedlichen Quartieren mit ganz verschiedenen Vorzügen. Diese Quartiere sind historisch gewachsen und stehen für die hohe Lebensqualität von Winterthur. Eine undifferenzierte Verdichtung, einheitlich über alle Zonen, über das gesamte Stadtgebiet, im Sinne des Giesskannen-Prinzips wäre ein fundamentaler Eingriff in die Stadtstruktur und ist weder zielführend noch sinnvoll.

Mit der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040 sowie mit dem neuen kommunalen Richtplan ist die Grundlage für ein koordiniertes Wachstum der Stadt gegeben, welche ein grosses Potenzial an Verdichtungsräumen aufzeigt, ohne dass die gesamte Stadt komplett umgebaut werden müsste. Der Richtplan basiert auf dem Grundsatz, dass das Wachstum vorwiegend innerhalb des urbanen Rückgrats, vor allem in den Schwerpunktgebieten, passieren soll. Ausserhalb dieses Rückgrats ist auch Verdichtung möglich, dort würde man aber ein bisschen genauer auch noch auf die Qualitätsansprüche achten.

ENTWURF

Damit ist die Basis für eine behutsame Weiterentwicklung der Stadt Winterthur gegeben. Bereits in der heutigen Bau- und Zonenordnung bestehen unabhängig von den Stadtstrukturen rein theoretisch Kapazitäten für rund 145'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Gemäss einer ersten groben Schätzung des Amts für Städtebau aufgrund der laufenden Planungen könnten in der erwähnten Schwerpunktgebieten alleine zusätzlich Kapazitäten für rund 6'000 – 10'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner und 10'000 – 16'000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein pauschales Anheben des gesamten Gebäudebestands würde Tür und Tor öffnen für baukulturellen Wildwuchs. Das Argument, dass der Quartiercharakter kaum tangiert würde, greift dabei zu kurz. Die Dachlandschaft gehört genauso zum Quartierbild wie die Freiräume, die Gebäudevolumetrie und die Gestaltung der Fassaden. Massstabssprünge und unkontrollierte Brüche in der Stadtstruktur wären ein schwer abschätzbares Tummelfeld für Rekurse und Konflikte.

Die Erhöhung der Stadt ist ein verführerischer Gedanke, insbesondere unter dem auch in der Motion erwähnten Aspekt der Sicherung von privaten Frei- und Grünräumen, die neben den hohen räumlichen Qualitäten einen ganz entscheidenden Beitrag zum Stadtklima leisten. Ja wohl, es kann durchaus sinnvoll sein, an ausgewählten Standorten das Weiterbauen und Aufstocken der bestehenden Strukturen zu fördern, unabhängig von der Ausnutzung. Auch im Hinblick auf CO₂-Verbrauch, der durch den Erhalt der bestehenden Gebäude, durch Einsparung von grauer Energie, reduziert würde, ist dieser Ansatz durchaus auf die Machbarkeit zu prüfen.

Die Sicherung von Frei- und Grünräumen sowie die Möglichkeit, den Rahmen zum Weiterbauen von bestehenden Strukturen zu fördern, sind beides Ansätze, die wir in der anstehenden BZO-Revision vertieft anschauen werden. Ich bitte Sie, uns die Chance und die Gelegenheit zu geben, diese Betrachtung differenziert zu machen. Und ich bitte Sie deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir sind abstimmungsreif. Diesmal stellt sich die Frage: Wer die Motion «Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen» unterstützen möchte, der drückt A. Wer diese Motion ablehnen möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja zu 39 Nein. Die Motion ist somit nicht überwiesen worden.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.88: Begründung der Motion B. Helbling-Wehrli (SP), R. Dürr (Grüne/AL), N. Holderegger (GLP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Arbeitsmarktstipendien

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung der Motion betreffend Arbeitsmarktstipendien. Zuerst hat das Wort die Erstmotionärin Bea Helbling, anschliessend ist ein Ablehnungsantrag der SVP bekannt. Bea, darf ich Dir das Wort geben.

B. Helbling (SP): Ich freue mich, etwas über diese Motion zu sagen, die mir sehr am Herzen liegt. Der Stadtrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Arbeitsmarktstipendien auszuarbeiten.

Worum geht es bei diesen Arbeitsmarktstipendien? Ich habe da drei Beispiele:

Eine 37jährige alleinerziehende Frau arbeitet als Sachbearbeiterin. Sie hat ursprünglich die Handelsschule gemacht. Der einjährige Lehrgang Sachbearbeiterin Rechnungswesen wäre für sie eine wichtige Weiterbildung.

Ein 28jähriger Mann arbeitet als Kurier. Er ist schulisch zu schwach für eine Lehre. Gerne möchte er den Fahrausweis als Lastwagenfahrer machen.

ENTWURF

Ein 42jähriger Mann arbeitet seit 15 Jahren in der Schweiz als Hilfelektriker, immer temporär. Er ist Vater von drei Kindern. Er hätte die Möglichkeit, einen Lehrabschluss für Erwachsene als Elektroinstallateur EFZ zu machen. Dafür muss er während einem Jahr für einen Tag pro Woche in die Berufsschule. Nach der Lehre hätte er eine Anstellung als Betriebselektriker in Aussicht.

Diese drei Personen könnten ihre berufliche Qualifikation mit den vorgeschlagenen Weiterbildungen erhöhen. Damit erhalten sie einen Job mit mehr Sicherheit und besserer Bezahlung. Alle drei können sich diese Weiterbildungen nicht leisten. Die alleinerziehende Frau benötigt auch noch Kinderbetreuung während dem Abendkurs, der Hilfelektriker bräuchte während den 40 Schulwochen einen Erwerbsersatz für einen Tag und bei den drei Personen fallen insgesamt mit allen Ausgaben je ungefähr 10'000 Franken an. Diese würden in der Stadt Zürich von den Arbeitsmarktstipendien übernommen. Eine Investition, die sich vielfach auszahlt, wenn damit ein späterer Jobverlust oder allenfalls sogar eine Sozialhilfe-Abhängigkeit verhindert werden kann.

In Winterthur ist die Bildungsstrategie für Geringqualifizierte vom Stadtrat als Legislaturziel definiert. Die Arbeitsmarktstipendien, die wir heute an den Stadtrat überweisen werden – so hoffe ich doch – sind eines der Angebote, die wir zwingend innerhalb dieser Bildungsstrategie sehen. Die Anforderungen des Arbeitsmarkts entwickeln sich. Neue Kompetenzen sind gefragt. Um arbeitsmarkttauglich zu bleiben, ist lebenslanges Lernen das Credo. Doch leider ist das gerade für Menschen mit niedriger und auch mit mittlerer Qualifikation oftmals ein Wunschdenken. Für Arbeitnehmende mit kleinem Einkommen und deshalb wenig finanziellen Ressourcen bestehen sehr hohe Hürden, sich Weiterbildung überhaupt zu ermöglichen. Auch wenn diese Person sogar eine hohe Bildungsmotivation hat, erschweren oder verhindern die Belastungen in anderen Bereichen – ich spreche da einfach von der Existenzsicherung überhaupt, vom Wohnen, von Familie oder Gesundheit – die Teilnahme an den Angeboten. Es gibt Forschungsberichte darüber. Es gibt die nationale Plattform zur Prävention und Bekämpfung von Armut. Diese zeigt auf, dass bei Bildungsangeboten Begleitung, Information, Beratung und finanzielle Aspekte auf die konkreten Lebenssituationen und Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten werden müssen. Zum Beispiel beim Zugang zur Finanzierung auch jenseits bzw. abgekoppelt von der Sozialhilfe.

Wir haben uns deshalb bei der Stadt Zürich informiert, die – wie schon gesagt – die Arbeitsmarktstipendien schon eingeführt hat. Langfristig entlastet sie damit die Sozialhilfe, indem Personen ihre Arbeitsmarktfähigkeiten erhalten und fördern. Davon profitiert schlussendlich auch die Wirtschaft. Arbeitsmarktstipendien werden an Voraussetzungen geknüpft: Die Weiterbildung kann z.B. nicht selbst finanziert werden. Arbeitsmarktstipendien sind beispielsweise möglich für Weiterbildungen, Umschulungen, Wiedereinstieg, für einen Deutschkurs oder einen ersten Berufsabschluss für Erwachsene. Es werden direkte Kosten der Weiterbildung übernommen, es könnten aber auch Beiträge für die Kinderbetreuung oder den Einkommensausfall aufgrund der Weiterbildung bezahlt werden. Die Höhe der Arbeitsmarktstipendien hängt von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Betroffenen ab. Sie sind subsidiär und sie kommen nur dann zum Tragen, wenn nicht andere (z.B. Arbeitgebende, RAV, IV) die Kosten übernehmen. Ja, es gibt auch da Hürden, um die Arbeitsmarktstipendien zu bekommen. Das ist auch richtig. Aber diese sollen so ausgestaltet werden, dass sie trotzdem in nützlicher Frist beantragt werden können und Personen auch darin unterstützt werden, sie zu beantragen.

Es ist eine wichtige Motion und ich danke allen für die Unterstützung zur Überweisung.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Bea. Der Ablehnungsantrag wird begründet von Marc Wäckerlin (SVP).

M. Wäckerlin (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss zur Einführung von Arbeitsmarktstipendien in Winterthur ab. Ich erläutere gerne, weshalb wir diesen Weg nicht unterstützen können.

In Zürich sind Arbeitsmarktstipendien eingeführt worden, um Menschen mit geringen Qualifikationen zu unterstützen. Aber diese Stipendien sind an strenge Voraussetzungen gebunden,

ENTWURF

wie Wohnsitz, Erwerbserfahrung und finanzielle Lage. Das Grundproblem ist, dass sich staatliche Interventionen immer nicht an einer individuellen Situation ausrichten können, es braucht immer generelle Regeln und Raster. Diese haben auch immer etwas Willkürliches und Bürokratisches an sich. Menschen, die nur knapp diese Kriterien verfehlen, könnten ungerechtfertigter Weise dann auch ausgeschlossen werden. Zum Beispiel jemand, der nur 4,5 Jahre Erwerbserfahrung hat.

Der Vorstoss mag gut sein für die Personen, die davon profitieren. Aber was passiert mit den Personen, die dann eben durch das Raster fallen? Die SVP-Fraktion bevorzugt einen Ansatz, der die individuelle Freiheit und Verantwortung stärkt und im privaten, freiwilligen Rahmen individuell passende Lösungen findet. Statt staatliche Stipendien einzuführen, sollten wir privatwirtschaftliche Lösungen fördern, eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen interessierten Firmen (z.B. der regionalen Arbeitsvermittlung) und den Betroffenen könnte solche massgeschneiderten und faire Bildungsangebote schaffen, welche besser den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und den Betroffenen entsprechen. Und wie immer wäre es auch eine effektivere Lösung, die Steuerlast für Einzelne und Unternehmen zu senken und dadurch mehr Spielraum für Eigeninitiative und Investitionen in die Bildung zu schaffen. Wir bieten auch gerne Hand, wenn es darum geht, bestehende Infrastrukturen effizienter zu nutzen statt neue aufzubauen.

Und vielleicht gerade in dem Zusammenhang (es war gerade ein Artikel in der NZZ): Offenbar haben sich die Sozialausgaben seit Mitte der 90er-Jahre verfünffacht. D.h. es geht nicht darum, immer mehr Geld in das System zu pumpen, sondern es geht eigentlich darum, mit dem bestehenden Geld effizienter umzugehen. Nicht nur mit dem Geld, sondern auch mit den Leistungen.

Die SVP-Fraktion setzt sich für pragmatische Lösungen ein, welche die Freiheit und die Eigenverantwortung stärken statt auf staatliche Eingriffe zu vertrauen. Lasst uns deshalb gemeinsam nach Lösungen suchen, die Weiterbildung zu fördern, um allen Winterthurer/-innen - und nicht nur wenigen – eine echte Chance für ein lebenslanges Lernen und berufliche Entwicklung zu ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

R. Dürr (Grüne/AL): Ich muss kurz etwas sagen zum Votum von Marc Wäckerlin: Ja, das ist schön, auf freiwilliger Basis – aber anscheinend ist das bisher nicht zustande gekommen, deshalb ist diese Motion ja jetzt nötig.

Die Stadt Zürich hat diese Arbeitsmarktstipendien anfangs 2023 eingeführt und hat nach 10 Monaten eine positive Bilanz gezogen. Das konnte man übrigens auch im Landboten lesen. Weshalb sollen diese Arbeitsmarktstipendien jetzt auch in Winterthur eingeführt werden? Ganz einfach: In Winterthur lebt eine nicht unbeachtliche Anzahl Menschen, die im Tieflohnsegment arbeiten und sich eine Aus- oder Weiterbildung in ihrem Job gar nie leisten können. Auch wenn sie 100% arbeiten, reicht das Geld nur für das Notwendigste. Aber sicher nicht dafür, dass sie sich weiterbilden könnten und sich entsprechend beruflich weiterentwickeln könnten. Weiterentwickeln, soweit, dass sie mit ihrer Aus- oder Weiterbildung auch einen besser bezahlten Job erhalten könnten und allenfalls sogar von der Sozialhilfe oder der sozialen Unterstützung wegkommen könnten.

Der positive Nebeneffekt, der aus diesen Arbeitsmarktstipendien längerfristig erzielt werden kann, ist, dass man einem Teil des Fachkräftemangels beim lokalen Gewerbe und bei der Stadt entgegenwirken könnte. Das bedingt aber auch, dass wir in diese Menschen investieren, die unsere Hilfe brauchen, und ihnen mit Arbeitsmarktstipendien entgegenkommen, damit sie die nötigen Aus- und Weiterbildungen machen können.

Deshalb: Wir bitten Euch, diese Motion zu unterstützen. Es ist eine Win-Win-Situation, sowohl für die Menschen, die sie brauchen, wie auch für die Stadt und das lokale Gewerbe. Besten Dank.

N. Holderegger (GLP): Ich danke meinen Vorrednerinnen für die einlässliche Vorstellung des Geschäfts und nehme auch gleich als erstes eine Replik zum Votum von Marc Wäckerlin. Sozialversicherungsleistungen, wir wissen es, das ist nicht immer nur massgeschneidert,

ENTWURF

aber sie nehmen selbstverständlich immer auf die individuelle Situation der Person Rücksicht. Das eine tun, das andere nicht lassen – die Einführung von Arbeitsmarktstipendien hebt die Eigenverantwortung nicht aus. Im Gegenteil, sie kann sie dort stärken, wo es eben nötig ist. Wir in Winterthur leben in einer schönen Stadt und wollen nicht mit Zürich tauschen – ausser wenn es um finanzielle Angelegenheiten geht. Und manchmal ist aber trotzdem der Blick auf Zürich gut und manchmal ist er auch notwendig.

Wir haben es gehört: Dieses Instrument wurde vor einem Jahr eingeführt. Man konnte in der Zeitung lesen, dass es sich bewährt hat. Der Gemeinderat der Stadt Zürich hat dieses Geschäft einstimmig angenommen. Wieso hat er das gemacht? Weil es eben linke wie rechte Anliegen – wenn man denn überhaupt auf der Klaviatur links und rechts spielen möchte – bedient.

Erstens erhalten Arbeitsmarktstipendien die Arbeitsmarktfähigkeit von Geringqualifizierten, indem sie diesen eine berufliche Weiterbildung ermöglichen, wo andere Instrumente der sozialen Sicherung (IV, Arbeitslosenversicherung, Arbeitgeber über Beiträge an verkürzte Lehren, Sozialhilfe) nicht greifen und sich die Person die Weiterbildung aus eigener finanzieller Kraft nicht leisten kann. Wir können da nicht nur auf die Privatwirtschaft vertrauen. Dafür hätte in den letzten Jahren schlichtweg mehr passieren müssen. Und wir sind uns wohl einig, dass ein Konsumkredit (wenn es überhaupt darunter fallen dürfte) da auch nicht das richtige Instrument ist. Längerfristig wird so, mit Arbeitsmarktstipendien, das Abrutschen von solchen Personen in prekäre finanzielle Verhältnisse und letztlich (wenn es ganz blöd geht) in die Sozialhilfe verhindert. Arbeitsmarktstipendien tragen also zur Entlastung der Staatskasse bei, was positiv ist und was wir wohl alle hier drinnen unterstützen.

Zweitens erhöht sich nach einer mit Arbeitsmarktstipendien finanzierten Weiterbildung das Erwerbseinkommen der Stipendienempfänger und -empfängerinnen. So können mit einer Weiterbildung auch Karrierechancen ergriffen werden, wo vorher die Türen verschlossen waren, wo sie eben nicht aufgingen. Und auch das kann zu einem höheren Lohn führen und auch das kann längerfristig dazu führen, dass sich längerfristig die Steuereinnahmen in Winterthur erhöhen.

Wichtig ist, wir haben es gehört, es ist ein absolut subsidiäres Instrument. Es kommt dann zum Tragen, wenn andere Instrumente nicht greifen. Und sie sind für Personen, die schon im Erwerbsleben sind.

Die Erfahrungen, ich habe es schon gesagt, in der Stadt Zürich sind positiv. In den Monaten Januar 2023 bis Oktober 2023 sind 65 Gesuche bewilligt worden, bei einer durchschnittlichen Unterstützung von 6'900 Franken. Der Gesamtbetrag belief sich in diesem Zeitraum auf insgesamt 450'000 Franken für Arbeitsmarktstipendien.

Das Arbeitsmarktstipendium ist also ein gutes Mittel, um geringqualifizierte und geringverdienende Personen dort ganz gezielt finanziell zu unterstützen, wo andere Instrumente greifen – ich kann es nicht oft genug wiederholen. Es füllt gewissermassen eine Lücke im Weiterbildungsbereich.

Noch zur Möglichkeit einer verkürzten Lehre, die manchmal in die Diskussion um Arbeitsmarktstipendien einfließt: Für Erwachsene besteht durchaus die Möglichkeit der verkürzten Lehre, wenn berufsspezifische Vorkenntnisse vorliegen. Aber erstens unterstützt nicht jeder Arbeitgeber oder jede Arbeitgeberin ihre/seine Arbeitnehmenden mit einem genügenden Lohn für ein gutes Leben im Sinn von «Ich kann mir das finanzieren, das ich finanzieren muss.» Und zweitens können sich gerade diese Erwachsenen, welche in einer verkürzten Lehre wären, solche Weiterbildungen eben nicht leisten. Und genau da, wir haben es gehört, ich sage es nochmals, greifen die Arbeitsmarktstipendien ein.

Schliesslich dürfte der finanzielle Mitteleinsatz für Winterthur – und auch daran haben wir alle ein Interesse – sich im überschaubaren Rahmen halten. Und die Beanspruchung von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen wird so verhindert.

Die Stadt Zürich hat die Arbeitsmarktstipendien mit der Verordnung vom 16. März 2022 geregelt. Sie wurde einstimmig angenommen, auch das habe ich gesagt.

Und es ist so, dass wir uns in Winterthur meines Erachtens weitestgehend auf das Regelwerk der Stadt Zürich stützen können, d.h. auch die Ressourcen der Stadtverwaltung werden nicht übermässig beansprucht.

ENTWURF

Aus all diesen Gründen unterstützt die grünliberale Fraktion die Motion und beantragt die Überweisung. Danke vielmals.

F. Kramer-Schwob (EVP): Mit Arbeitsmarktstipendien werden Menschen befähigt. Es handelt sich ein Stück weit um Hilfe zur Selbsthilfe. Das unterstützen wir als EVP sehr gerne. Wir sehen Chancen für Junge, wir sehen aber gerade auch für ältere Arbeitnehmende Chancen, für die es oftmals noch herausfordernder ist, im sich schnell wandelnden Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Zürich hat sehr gute Regelungen getroffen in ihren Verordnungen, die sicher der Inspiration bei der Ausarbeitung der Motion dienen können. Wir unterstützen diese Motion sehr gern.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Es wurden viele gute Argumente zu diesem Vorstoss genannt, die mir einleuchten und für mich nachvollziehbar sind. Zum Beispiel ist es klar, dass sich die Anforderungen des Arbeitsmarkts entwickeln und sich verändern und dass ein lebenslanges Lernen zwingend ist. Und ich sehe auch im Arbeitsumfeld, dass es viele Menschen gibt, die es nötig hätten, und dann doch am wenigsten an diesen Angeboten teilnehmen.

Und ja, die Arbeitsmarktstipendien können eine wichtige Unterstützung sein, damit sich diese Personengruppen beruflich weiterentwickeln können.

Die Mehrheit der Fraktion meint, es gibt genügend Angebote, welche unterstützen (z.B. Lernstube Winterthur, welche bei Computer-Problemen unterstützen kann oder Lesen und Schreiben anbietet; oder die Arbeitsintegration, die beim Bewerbungsprozess und im Jobcoaching unterstützt). Ein gewisses Mass an Selbstverantwortung zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit gehört zum Leben. Last but not least: Stipendien sind Sache des Kantons und nicht der Gemeinden.

Die Stadt Zürich kann sich das anscheinend leisten, Winterthur kann das nicht.

Aus den genannten Gründen unterstützt die Fraktionsmehrheit den Ablehnungsantrag der SVP.

U. Hofer (FDP): Der Leitgedanke da ist ja, dass Ausbildung vor Arbeitslosigkeit schützt. Und unser Ziel ist es ja, dass wir möglichst viele Leute durch die Lehre bringen, dass auch Erwachsene noch die Möglichkeit haben, noch einen Lehrabschluss oder eine Ausbildung zu machen und dass sich die Leute mit Weiterbildungen vor einem Jobverlust schützen. Mit der Hoffnung, dass dann alle einen guten Job machen, die da involviert sind, Steuern bezahlen oder auch weniger Sozialhilfe beziehen, sind wir der Ansicht, dass die mit den Stipendien verbundenen Kosten refinanziert werden können. Das klingt für mich liberal und deshalb machen wir da auch mit. Und deshalb sehe ich auch den Punkt nicht, den Kaspar angesprochen hat mit den Kosten. Wir sehen da eigentlich eine Möglichkeit, wie man längerfristig auch die Stadtkasse entlasten kann.

Es ist im Vorstosstext erwähnt, ein ähnliches Konzept gibt es schon in Zürich und es wurde dort auch von der Zürcher FDP-Fraktion unterstützt. Nicht ohne dass es kritische Fragen gab und nicht ohne dass man Verbesserungsvorschläge einbrachte. Und natürlich werden wir uns das auch vorbehalten.

Es wurde jetzt vielfach genannt, dass man sich sehr klar an Zürich orientiert. Aber ich glaube, in dem Sinne auch schon mal einige Kriterien mit auf den Weg: Für uns sind Erfolgsmessung und Transparenz wichtig. Wer städtisches Geld möchte, muss bei der Antragstellung transparent sein und auch die Stadt sollte fortlaufend messen und auch die entsprechenden Informationen erheben, wie erfolgreich das Instrument ist.

Und in diesem Zusammenhang verstehe ich auch das Votum von Marc nicht ganz: Er hat viel von Eigeninitiative gesprochen. Das ist mir ja sympathisch, ich möchte auch, dass der Antragsteller eigeninitiativ ist, er muss eine Ausbildung machen wollen. Er muss motiviert sein, sonst soll er kein Geld bekommen. Das Problem ist einfach: All die Eigeninitiative nützt ihm nichts, wenn er kein Geld dazu hat, das umsetzen zu können.

Das zweite, was mir oder der FDP-Fraktion wichtig ist: Wir wollen keine blinde und keine schematische Vergabe, kein Arbeiten nach Vorschrift. Es ist wichtig, dass die Vergabestelle nicht blind vorgeht, sondern schaut, ob es das richtige ist und wirklich passt und ob es nicht

ENTWURF

andere Probleme gibt, die eine Ausbildung verhindern. Denn – das ist auch ein Erfahrungswert – bei Weiterbildungen wählen viele direkt den zweiten Schritt vor dem wichtigeren ersten Schritt, der vielleicht weniger weit greift.

Wir stimmen somit mit links, wenn man sich diesem Schema bedienen möchte. Damit es nicht zu viel der Wonne wird, doch noch die Randbemerkung: Ein wichtiges Instrument für Weiterbildungen sind GAVs. Gerade für diejenigen, die das Geld nicht haben, gerade in den Niedriglohnsektoren. Im Gastro-GAV und auch bei den Reinigungsinstituten gibt es Gratis-Weiterbildungen, wenn man sie sich nicht leisten kann, auf Kosten der Arbeitgeber. Und gerade diese Instrumente haben Sie vor einigen Monaten ein bisschen torpediert. Man müsste also schon schauen, dass man überall diesen Weiterbildungsangeboten und der Eigeninitiative der Arbeitgeber auch Sorge trägt. Aber wir stimmen hier ja miteinander, deshalb lasse ich das bleiben. Besten Dank.

M. Wackerlin (SVP): Ich möchte nochmals kurz zusammenfassend auf das eingehen, das jetzt gesagt wurde.

Ich denke, Weiterbildung als Mittel – da sind wir klar auch der Meinung, dass das sicher hilfreich ist. Nur, Urs, Du hast das vorhin erwähnt und mir eigentlich noch ein Argument mehr in die Hand gelegt: Mit der Weiterbildungen, die natürlich in den Arbeitsverträgen in der Regel auch drin sind. Das ist sicher zielführender, als jetzt nochmals eine staatliche Stelle mehr zu schaffen. Wir haben einfach das Gefühl, gewisse Leute denken, dass wenn man mehr Geld ins System reinpumpt und mehr Bürokratie schafft, dass dann am Schluss auch mehr herauskommt. Aber das muss nicht zwingend so sein. Im Gegenteil.

Genügender Lohn wurde angesprochen. Was die Steuerbelastung betrifft: Ich arbeite im Moment in einem kleinen Start-up. Wir haben sehr wenig Geld. Und jeder Franken, der uns quasi durch die Steuern weggenommen wird, den müssen wir anderswo einsparen. Ich würde gerne mehr Leute einstellen, ich würde gerne den Leuten mehr Lohn bezahlen. Ich muss drücken, wo ich nur kann, damit wir überleben können. Das sind halt schon gewisse Zielkonflikte, die sich da ergeben, dessen sollte man sich bewusst sein.

Wie dem auch sei: Es wurde gesagt, es lohne sich für die Stadt. Ich nehme Euch beim Wort. So, wie es sich abzeichnet, wird der Vorstoss heute überwiesen. Dann möchte ich doch den Stadtrat bitten, in seiner Antwort auch aufzulisten, wie viele Franken wir aus dem Budget streichen dürfen, weil wir jetzt da Sozialleistungen einsparen. Vielen Dank.

B. Helbling (SP): Nur ein paar Dinge, die ich einfach noch sagen muss: Nicole hat es schon gesagt, das eine tun, das andere nicht lassen. Gerade bei den Arbeitsmarktstipendien geht es um individuelle Eigenverantwortung, wir haben es gehört. Es geht nämlich darum, dass das Personen sind, die weiterbildungsmotiviert sind, aber keine Chance haben, sich diese selbst zu finanzieren. Und leider, leider vielleicht keine Arbeitgeberin oder keinen Arbeitgeber haben, der das unterstützen würde. Es ist ein bisschen einfach, dann zu fordern, dass alles über diejenigen gemacht werden soll, auf die wir gar keinen Einfluss haben.

Die Lernstube: Ein geniales Angebot, zum Glück jetzt auch in Winterthur. Sie vermittelt Grundkompetenzen, ist im Treffpunkt Vogelsang und wird mit der Stadtbibliothek und dem DFA betrieben. Sie ist genau auch etwas, das in die Bildungsstrategie gehört. Wir sprechen da von Weiterbildungen und nicht davon. Stipendien sind für Erstausbildungen. Wir sprechen hier von Arbeitsmarktstipendien und dabei geht es um Weiterbildungen. Das einfach noch, um das richtigzustellen.

Stadtrat N. Galladé: Ich nutze gerne die Gelegenheit, kurz etwas zu sagen. Es ist weniger etwas Materielles zu diesem Zeitpunkt, sondern mehr aufgrund von inhaltlichen Zusammenhängen und vielleicht auch Abhängigkeiten, eher schon ein bisschen mit Blick auf den formellen Ablauf und um ein realistisches Erwartungsmanagement in diesen Rat zu bringen. Es war bereits eine sehr lebhaftes inhaltliche Debatte, die ich sehr gerne mal so entgegengenommen habe. Die Erstmotionärin Bea Helbling hat es gesagt: Die Arbeitsmarktstipendien, die mit dieser Motion gefordert werden, sollen – wie sie gesagt hat – auch Bestandteil sein

ENTWURF

dieser Bildungsstrategie für Geringqualifizierte. Sie wissen, es war ein Vorstoss aus dem Parlament, das Postulat «Arbeit dank Bildung», welches der Stadtrat beantwortet hat und ankündigte, dass wir eine Bildungsstrategie für Geringqualifizierte machen wollen. Das Parlament hat das vor ziemlich genau einem Jahr grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat hat das dann noch bekräftigt, prominent, indem es eine Massnahme der Legislatorschwerpunkte ist, diese Bildungsstrategie für Geringqualifizierte.

Wenn diese Arbeitsmarktstipendien – übrigens auch bei der Stadt Zürich, welche da beispielhaft genannt wurde – ein Element sind oder sein können, dann steht das natürlich auch in einer zeitlichen Abhängigkeit dazu. D.h. wir können zu den Arbeitsmarktstipendien nicht schon vorher als Stadtrat inhaltlich dazu Stellung nehmen, geschweige denn irgendwie einführen, bevor wir nicht den ganzen Kontext sehen. Und die Frist von einer solchen Überweisung – ich gehe aufgrund des Gehörten davon aus, dass ich dann gleich auf dem Screen sehen werde, dass das überwiesen wird – ist aber der nächste Schritt vier Monate. Und von daher überholt dann das eine Element, das eine Massnahme ist, die Strategie oder das Konzept, das die Voraussetzung wäre. Wir müssten dann wahrscheinlich Fristerstreckung beantragen. Das ist aber sicher auch die Gelegenheit, dann aufzuzeigen, wo man steht mit der Bildungsstrategie für Geringqualifizierte. Und ich glaube, aufgrund dieses Projektbeschreibs, aufgrund der Projektmeilensteine, würde sich dann auch die Fristerstreckung dieser Massnahme ergeben, das eben Teil dieser Strategie ist. Das einfach, damit man realistische Erwartungen hat und auch weiss, wo man steht. Wir danken auf jeden Fall für die angeregte Diskussion und dafür, dass das Parlament uns dabei unterstützen möchte, Legislatorschwerpunkte zu erreichen, die letztlich ja auch wieder auf parlamentarische Vorstösse zurückgehen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Nicolas. Somit sind wir abstimmungsreif. Auch hier geht es um die Überweisung der Motion. Wer die Überweisung unterstützen möchte, drückt A. Wer sie ablehnen möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja zu 12 Nein. Die Motion wird an den Stadtrat überwiesen.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.1: Begründung der Motion K. Vogel (Die Mitte), O. Staub (SP), R. Dürr (Grüne) und M. Zehnder (GLP) betr. Festsetzung Erholungsgebiet Schweikhof, Reit- und Schiesssport

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir kommen zu dem Traktandum, weswegen die grosse Mehrheit auf der Tribüne schon den ganzen Abend ausharrt: Begründung der Motion betreffend Festsetzung Erholungsgebiet Schweikhof, Reit- und Schiesssport. Kurzgenannt Ponyhof. Das Geschäft wird vorgestellt vom Erstmotionär Kaspar Vogel. Danach folgt ein Ablehnungsantrag der SVP. Dann sind die Voten offen für alle weiteren Redner und Rednerinnen. Kaspar, ich gebe Dir das Wort.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ja, der Ponyhof. Hoffentlich bleibt der nicht noch lange an mir hängen. Eigentlich wäre es wahrscheinlich passender gewesen, wenn ich im Vögelipark die Volière gewählt hätte...

Wie wir alle wissen, liegt der Ponyhof am Rande von Wülflingen, im Quartier Schweikhof. Auf dieser Parzelle befinden sich heute ein Schiessplatz und ein Reitbetrieb. Seit bald 30 Jahren geniessen Kinder und Jugendliche dieses Angebot. Sie verbringen einen grossen Teil von ihrer Freizeit in der Natur und lernen dort den Umgang mit den Pferden, nämlich ihrem grössten Hobby. Während dieser Zeit knüpfen sie auch Freundschaften und diskutieren unter ihresgleichen. Sie könnten weiss Gott ihre Freizeit blöder verbringen.

ENTWURF

Das Grundstück gehört der Stadt Winterthur. Sie verpachtet es an die Schützen und an den Reitbetrieb.

Aber was ist denn eigentlich das Problem?

Im Oktober 2021 brannte der Stall ab. Die Stadt hat sofort die Planung für den Wiederaufbau an die Hand genommen. Die Gebäudeversicherung hat das nötige Geld dafür zur Verfügung gestellt. So weit, so gut. An dieser Stelle hat aber der Kanton interveniert, der monierte, dass es für den Stall für keine Baubewilligung gäbe. In der Landwirtschaftszone sei das nicht zonenkonform.

Stadtrat Kaspar Bopp (leider ist er nicht mehr hier) hat sich am 10. Dezember 2022 in Tele Züri wie folgt geäußert (Filmausschnitt Tele Zürich): Es täte ihm wahnsinnig leid für alle Betroffenen, die da etwas verlieren. Und er wünschte denen, dass es an einem Ort, wo es zonengerecht sei, wo es rein rechtlich möglich sei, weitergehen könne. Man habe da einfach eine sachliche Auslegeordnung machen und feststellen müssen, dass man einfach keinen Spielraum habe.

Und das hat ganz einfach nicht gestimmt. Das haben wir unterdessen herausgefunden.

Um dem Stadtrat seinen geäußerten Wunsch, einen Wiederaufbau in zonenkonformer Umgebung, zu ermöglichen, haben wir eine Parlamentarische Initiative, eine PI, eingereicht, die es am schnellsten ermöglicht hätte, innert Jahresfrist zu einer raschen Lösung zu kommen - wenn der Stadtrat Hand geboten hätte. Davon sind wir zum damaligen Zeitpunkt auch ausgegangen. Schliesslich hat dieses Anliegen eine klare Mehrheit vom Parlament unterstützt und damit das öffentliche Interesse dafür bekräftigt.

Die für die PI zuständige Kommission für Stadtbau (SBK) hat, wie wir eingangs in der Kommissionserklärung gehört haben, das Anliegen beim Kanton prüfen lassen. Diese Vorprüfung vom zuständigen Amt für Raumentwicklung hat ergeben, dass eine Umzonung sehr wohl möglich sei. Als nächsten Schritt, auch das haben wir eingangs gehört, brauche es gewisse formelle Unterlagen und ein öffentliches Auflageverfahren. Für dieses Auflageverfahren ist das Parlament auf die Stadt angewiesen. Das kann es nicht selbst machen. Auf das haben wir in der PI auch bereits mit dem Ablaufschema (Beilage 3) hingewiesen. Die Kommission hat ihre Arbeit gemacht und dafür danke ich der SBK.

Die Frage ist jetzt, warum es noch die Motion braucht? Es braucht die Motion, weil der Stadtrat täubelt. Leider hat sich der Stadtrat dahingehend geäußert, dass er mit dem Instrument von einer PI gar keinen Auftrag habe. Das stimmt zwar schon, aber man hätte ja doch ein bisschen Unterstützung erwarten dürfen.

Aus diesem Grund reichen wir jetzt halt die geforderte Motion ein, die dem Stadtrat auch noch formell den Auftrag gibt, diese Umzonung anzugehen. Vom Einreichen bis zur Umsetzung des Vorstosses dauert es bei einer Motion aber viel länger. Und das ganze Prozedere fängt nun nochmals von Neuem an.

Und damit endlich etwas geht, ist der Stadtrat durch die Kommission angefragt worden, ob er in diesem Geschäft auf einen kostspieligen Bericht verzichten könnte. Die gleiche Mehrheit wird die Rettung vom Ponyhof wollen. Die SBK hat diese Vorarbeit geleistet. Eigentlich müssten nur noch die erwähnten formellen Unterlagen durch die Verwaltung aufbereitet und das öffentliche Auflageverfahren durchgeführt werden. Es könnte direkt eine Umsetzungsvorlage vorbereitet werden, um vor allem Zeit und auch Ressourcen zu sparen.

Die Situation auf dem Ponyhof hat sich seit dem letzten Jahr nicht verbessert. Im Gegenteil. Der Weideplatz ist durch den fehlenden Stall übernutzt, der Boden trocknet im Sommer aus und es ist sogar möglich, dass unter den momentanen Voraussetzungen die älteren Pferde den Sommer unter der glühenden Hitze nicht überleben werden.

Aber: Der Stadtrat will keine Rettung! Er lehnt es ab, auf den Bericht zu verzichten! Er lehnt es explizit ab, Hand für eine rasche Lösung zu bieten. Viel schlimmer, er spielt auf Verzögerungstaktik und (natürlich ist das eine Unterstellung von mir) hofft, dass sich das Problem erübrigt, weil dem Ponyhof der Schnauf ausgehen wird.

Für einen provisorischen Holzunterstand, der aus privaten Mitteln bezahlt worden wäre, hat er keine Bewilligung erteilt.

ENTWURF

Und wie sieht es eigentlich mit dem marginal verschobenen Dressurplatz aus? Ist es sogar möglich, dass mit der Abschreibung dieser PI auch die Sistierung des Abbruchbefehls aufgehoben wird? Da möchte ich dann gerne noch eine Antwort darauf erhalten.

Wie soll in diesem Fall der Ponyhof das überstehen? – Ist das die Unterstützung, von der wir eingangs gehört haben, die ein Beitrag zur Lösung des Problems sein soll, damit es möglichst schnell für den Ponyhof eine Rettung gäbe?

Ich bin enttäuscht von dieser Haltung und wir fühlen uns nicht ernst genommen vom Stadtrat. Trotzdem hoffe ich immer noch, dass der Ponyhof für alle Mädchen und Buben von Wülflingen und unserer Stadt gerettet werden kann. Ich bitte den Stadtrat, seine Energie nicht weiter am Stadtrand, sondern wieder andernorts, wo es nötiger wäre, einzusetzen. Das hat der Stadtrat aber selbst in der Hand und er trägt auch die Verantwortung selbst dafür.

Ich danke nochmals der SBK für die geleistete gute Arbeit.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Kaspar Vogel, für die Vorstellung. Jetzt kommt der Ablehnungsantrag, begründet durch Michi Gross (SVP).

M. Gross (SVP): Und uns wirft man jeweils vor, wir seien populistisch unterwegs...

Ich habe den sympathischen Auftrag, jetzt den Ablehnungsantrag zu stellen. Und ich möchte vorausschicken: Wir sind weder gegen Ponys noch haben wir etwas gegen Ponys und wir gönnen wirklich allen den Reitsport und haben sicher nichts gegen gute private Angebote. Ich möchte aber auch noch vorausschicken: Auch Du, Kaspar Vogel, auch Du hast gewusst, dass diese Geschwindigkeit, die Du hier drinnen versprochen hast, gar nie möglich war. Das hast auch Du gewusst. Und da muss man auch nicht suggerieren, dass man innerhalb eines Jahres einen wiederaufgebauten Stall bekommt. Das wussten alle, dass das so nie funktioniert. Das war auch in der SBK von Anfang an diskutiert. Und sonst hast Du Dich dort nicht richtig informiert.

Trotzdem, und gerade weil es ein emotionales Thema ist, sollte man als Stadtparlamentarier und Stadtparlamentarierin eigentlich materiell zumindest ein bisschen mehr Weitsicht haben. Die Parlamentarische Initiative, die Du gemacht hast, war ein Murks. Du hast es selbst auch gehört und zugegeben. Es hat so nicht funktioniert. Romana Heuberger hat die Problematik eingangs bereits erläutert.

Und jetzt aber zur Stadt, die kann ich auch nicht ausnehmen. Ich verstehe auch die Stadt nicht. Die Stadt hat uns erklärt, dass nach Abklärungen mit dem Kanton klar wurde, dass eine Umzonung nie bewilligt werden kann. So die Aussage an mich, nicht von Christa. Ich sage jetzt nicht, welcher Stadtrat mir das gesagt hat, er ist nämlich nicht da. Das ist der eine Punkt. Christa hat vorhin gesagt, Ihr müsst halt eine Motion machen. Ich weiss nicht, ob ich jetzt nochmals Adenauer bemühen muss, aber Du hast in Deinem letzten Brief vom 10. Januar geschrieben, eine Motion ist unnötig, eine Motion bindet unnötig Ressourcen in der Verwaltung, insbesondere im Amt für Städtebau. Das steht in Deinem Brief. Und vorhin hast Du gesagt, Ihr müsst halt eine Motion machen. Ich komme nicht mehr ganz nach, was Du jetzt wirklich möchtest. Müssen wir jetzt eine Motion machen oder nicht?

Wir haben uns an Deinen Brief gehalten und sagten, eine Motion ist unnötig, der Stadtrat hat einen möglichen Weg. Wir haben uns in der Kommission auch nie dagegen gestellt. Es ging nicht darum.

Wir finden es aber inhaltlich immer noch falsch und deshalb möchte ich dieses Argument doch auch noch bringen. Das Parlament will gemäss dem kommunalen Richtplan mehr Biodiversität, mehr Natur und Stadtrandparks. Und schon im ersten Härtefall sind alle guten Vorsätze vergessen und das Gebiet in der Freiraumkategorie Biodiversität verbessern und Vorrang Natur soll in eine Sport- und Erholungszone umgezont werden. Und das nur mit der Begründung, weil es seit Jahrzehnten bereits als Erholungszone genutzt wird – sozusagen Gewohnheitsrecht. Eine solche Erholungszone gibt es aber einige Meter daneben, diese würde schon bestehen. Es gibt also eigentlich keinen Grund, dass man etwas umzonen müsste.

Für uns – und jetzt komme ich zum Materiellen – macht es überhaupt keinen Sinn, dass die Stadt alle Prinzipien über den Haufen wirft und zum Ponyhof-Betreiber mutiert. Das passiert

ENTWURF

nämlich dann definitiv mit einer Umzonung. Und dann logischerweise mit den folgenden notwendigen Investitionen in die Infrastruktur. Ich appelliere an Eure liberale Vernunft im Parlament: Die Stadt hat genügend Herausforderungen. Ponyhof-Betreiber ist keine städtische Aufgabe und deshalb lehnen wir diese Motion ab.

O. Staub (SP): Ich habe bei meinem Votum im März letzten Jahres auf ein Ponyhof-Wortspiel verzichtet, jetzt muss ich es aufgrund der aktuellen Ausgangslage nun doch bringen. Nein, das Leben ist kein Ponyhof. Aber vor allem der Weg, um den Ponyhof retten zu können, ist kein Ponyhof, sondern vielmehr ein langwieriges Geduldsspiel – und zwar für alle Beteiligten.

Ich möchte auf die Gründe, weshalb man den Ponyhof retten sollte, gar nicht weiter eingehen. Ich finde, Kaspar Vogel hat das in seinem Votum sehr schön dargelegt. Ich möchte eigentlich nur sagen, dass auch wir Interpellant/-innen respektive jetzt Motionär/-innen uns natürlich auch gewünscht hätten, dass es einen schnelleren, einen einfacheren, einen eleganten Weg gegeben hätte, um diesen Ponyhof zu retten. Und noch viel mehr hätten wir uns gewünscht – vor allem für die Kinder, aber auch für die Pferde – dass es jetzt nicht nochmals eine Extra-Runde braucht. Und hätten wir zum Zeitpunkt, als wir die PI eingereicht haben, schon gewusst, was wir heute wissen, dann wären wir sicher direkt den Weg der Motion gegangen. Und trotzdem glauben wir aber, diese Extra-Runde war nicht umsonst: Denn was wir nämlich neu wissen, das ist, dass der Kanton diese Umzonung grundsätzlich als machbar beurteilt. Und das ist eine neue und doch sehr wichtige Information. Diese Bedenken haben nämlich im März vor einem Jahr, zumindest in unserer Fraktion, zu vielen Diskussionen geführt.

Insofern möchte ich gar nicht mehr viel sagen. Ich möchte den Initiant/-innen, insbesondere Kaspar Vogel, danken für den Durchhaltewillen und die riesige Arbeit, ebenso der Kommission für ihre umfangreiche und gründliche Arbeit in diesem Geschäft.

Wir haben in der Fraktion nach wie vor Stimmfreigabe. Ich möchte Euch allen aber persönlich ans Herz legen, diese Motion zu überweisen, so dass alle die Menschen, die heute vom Ponyhof hier sind, sich bald wieder ein bisschen mehr mit den Tieren, mit dem Reiten, mit dem Zusammensein beschäftigen können – und nicht mit den unergründlichen Windungen unseres politischen und rechtlichen Systems. Danke vielmals.

R. Dürr (Grüne/AL): Den Voten von Kaspar Vogel und Olivia Staub gibt es wohl nichts mehr hinzuzufügen. Ebenfalls erübrigt sich eine inhaltliche Stellungnahme meinerseits, das habe ich letzten Frühling zur Genüge gemacht.

Ich möchte einfach noch etwas erwähnen: Ich bin wirklich auch ein bisschen enttäuscht von der Haltung oder vom Vorgehen des Stadtrats. Es scheint schon ein bisschen eine Verzögerungstaktik zu sein, die da zum Tragen gekommen ist. Und das ist doch eigentlich unserer Stadt nicht würdig. Insbesondere auch deshalb, weil mit der möglichen Schliessung des Ponyhofs wertvolle Möglichkeiten verloren gehen würden, wo junge Menschen, die ein sonst sehr kostspieliges Hobby ausüben, das auf eine günstige Art machen können, bei der es auch für Familien mit tiefem Einkommen möglich ist, dass sie ihre Kinder dorthin schicken können. Und das wäre wirklich tragisch.

Und ja, Michael Gross, die Stadt ist kein Ponyhof-Betreiber. Aber die Stadt hat doch eine Verantwortung den jungen Menschen gegenüber. Und dass auch junge Menschen, die vielleicht nicht aus den besten Verhältnissen kommen, finanziell, eine Möglichkeit haben, dass sie ihr Hobby ausüben können.

Deshalb: Die Fraktion Grüne/AL bittet um Überweisung der Motion. Besten Dank.

M. Zehnder (GLP): Danke an Kaspar Vogel für das Dranbleiben und das Aufgleisen der Motion. Wir von der GLP-Fraktion sind nach wie vor für die Umzonung, für den Erhalt des Reitbetriebs und für eine Klärung des ganzen Zustands dort draussen, auch für den Pistolensclub, der ja ebenfalls schon seit Ewigkeiten ausserhalb der für Sportaktivitäten vorgesehenen Zone gebaut hat.

ENTWURF

Wie wir schon die Parlamentarische Initiative unterstützt haben, unterstützen wir jetzt auch die Motion, weil uns gesagt wurde, dass es eine solche braucht. Vielleicht hätte ja auch der Stadtrat mit einer Weisung kommen können, ohne dass das Parlament nochmals hätte aktiv werden müssen. Aber so wie es aussieht, braucht es jetzt halt diese Motion. Und wie es schon von anderen Parlamentarier/-innen erwähnt wurde, sind auch wir sehr enttäuscht von der sehr zurückhaltenden Art des Stadtrats. Danke.

A. Würzer (EVP): Zuerst vielen Dank an die federführenden Kommissionsmitglieder der SBK für die vielen intensiven Abklärungen, die sie im Rahmen der Parlamentarischen Initiative gemacht haben. Auch für das Zugehen auf den Stadtrat mit unseren Anliegen, die wir in der Kommission hatten. Danke auch Dir, Kaspar, für Dein hartnäckiges Dranbleiben und all die PS, die Du in dieses Geschäft hineingesteckt hast – und wir hoffen natürlich, dass da auch einmal noch eine Gratis-Reitstunde auf dem Ponyhof herauschaut für Dich.

Wir haben es gehört, die Abklärungen haben gezeigt, das Anliegen der Parlamentarischen Initiative wäre theoretisch umsetzbar. Leider war das gewählte Instrument offensichtlich das falsche. Deshalb kommt nun diese Motion.

Inhaltlich hat sich an unserer Haltung wenig geändert bei den einzelnen Fraktionsmitgliedern und wir werden deshalb, wie schon bei der Parlamentarischen Initiative, geteilt abstimmen. Danke.

G. Porlezza (FDP): Kurzum: Wir von der FDP-Fraktion waren damals klar dagegen und dieses Votum vergesse ich auch nicht mehr, weil ich selbst Pferdebesitzerin bin und mir mein damaliger Sitznachbar, Chrigi, noch gut zugesprochen hat. Wir stehen immer noch hinter dem Votum von damals und wir sagen heute auch wieder Nein. Die Umzonung von Landwirtschaftszone braucht ein grösseres öffentliches Interesse.

Auch wenn wir damals und vermutlich auch heute in der Minderheit sind, das Vorgehen des Stadtrats ist auch aus unserer Sicht befremdlich. Das ist heute Abend wirklich auch kein Ponyhof für das Baudepartement. Denn Kaspar hat das richtig gesagt: Man ist am Täubeln. Und für was genau? Wir werden es sicher auch da nochmals hören, der Stadtrat wird sicher wieder nichts falsch gemacht haben.

Wie wir in der Kommissionserklärung am Anfang schon gehört haben, ist es befremdlich, dass der Stadtrat nicht bereit ist, Hand zu bieten für eine rasche Lösung im Sinne der Sache. Er stellt sich stur und geht auf Konfrontation mit dem Parlament. Die Kommissionserklärung, die wir am Anfang gehört haben, wurde notabene von allen Kommissionsmitgliedern ohne Gegenstimme so unterstützt.

Offenbar will der Stadtrat seine Ressourcen so einsetzen, dass nochmals irgendein Berichtli geschrieben wird, das weder die Ausgangslage verändert noch einer Lösung näherkommen wird.

Wir haben zwar damals Nein gesagt und machen das auch heute wieder, aber es ist und wäre im Interesse von allen, wenn die Situation mit dem Ponyhof möglichst schnell geklärt werden könnte, anstatt alle Beteiligten im Ungewissen zu lassen.

Eine Mehrheit im Rat hat dieses Anliegen überwiesen und ich nehme an, eine Mehrheit wird das auch heute machen. Auch wenn wir von der FDP zur übrigen Minderheit gehören, finden wir ganz klar, dass es auch im Sinne des Stadtrats sein müsste, diesen Auftrag möglichst effizient umzusetzen. Wir werden den Ablehnungsantrag aber unterstützen.

M. Sorgo (SP): Ich möchte eigentlich gar nicht viel dazu sagen, denn das hat Olivia Staub bei uns übernommen. Aber ich bin jetzt doch ein bisschen irritiert von gewissen Wortmeldungen hier im Saal. Und ich weiss, dass ich nicht die einzige bin.

Wir von der SP haben grundsätzlich ja eigentlich beschlossen, dass die Mehrheit dafür stimmen wird. Aber die einen und anderen von uns haben jetzt doch etwas Mühe bekommen, insbesondere auch mit dem Votum des Erstmotionärs Kaspar Vogel. Die Art und Weise und die Vorwürfe, die da jetzt vorgebracht wurden, empfinden wir doch als sehr heftig. Auch wird da-

ENTWURF

mit der Wahrheit ein bisschen sehr – sagen wir halbherzig - umgegangen. Es werden verschiedene Vorwürfe in den Raum gestellt, die ich doch sehr heftig finde. Und in dieser Art und Weise auch ziemlich schwierig.

Man kann sagen, der Stadtrat ist stur oder stellt sich stur. Das ist so, sie bleiben einfach bei ihrer Linie. Ich glaube aber, es ist jetzt doch unredlich, ihnen vorzuwerfen, dass sie irgendwo die Unwahrheit gesagt hätten. Der Stadtrat war von Anfang an auf der Position, dass sie keine Umzonung wollen und dass sie das klar auf Antrag des Parlaments machen. Ich glaube, da müssen wir ehrlich sein.

Und die Verzögerungen, die jetzt entstanden sind, die entstehen nicht, weil der Stadtrat seine Arbeit nicht macht, sondern weil wir im Parlament am Anfang das falsche Instrument gewählt haben. Ich möchte das jetzt gar nicht denjenigen vorwerfen, die das eingereicht haben, ich glaube, da können wir uns alle an der Nase nehmen. Es ist ein neues Instrument, die Parlamentarische Initiative, oder ein relativ neues Instrument. Wir haben jetzt gemerkt, es ist nicht für alles gleich tauglich. Aber ich finde es doch sehr seltsam, wenn man für den Fehler, den wir da gemacht haben, dem Stadtrat in dieser Heftigkeit die Verantwortung in die Schuhe schiebt.

Ich habe als Parlamentarierin die Haltung, wenn ich irgendwo einen Fehler gemacht habe, dann kann ich auch dazu stehen.

M. Gross (SVP): Ich möchte zuerst zu Maria und nachher zu Renate etwas sagen.

Maria, ich gebe Dir Recht, ich finde es jetzt auch ein bisschen unredlich, wenn man den Stadtrat kritisiert oder sogar basht. Wir können das zwar auch, wie man eingangs gesehen hat, aber in diesem Fall hat er sich einfach konsequent an das gehalten, was er immer gesagt hat, und er musste auch die gesetzlichen Fristen einhalten. Und wenn der Kanton eine gewisse Zeit braucht, dann braucht der Kanton eine gewisse Zeit. Und wenn Initianten falsche Versprechungen machen, dann ist das nicht das Problem des Stadtrats.

Renate Dürr, ich freue mich! Es gibt ganz viele Kinder, die niederschwellige Angebote brauchen, auch im Polosport, auch im Golfsport, wenn wir dann dort auch Umzonungen machen können am Stadtrand. Du siehst, wo es hinführt. Wir können nicht alle Angebote von der Politik her machen, das müssen die Privaten machen. Und es kann nicht sein, dass wir am Schluss zu jedem einzelnen Sportbetreiber werden. Das macht einfach keinen Sinn. Deshalb diese Replik.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich möchte gerne auf das reagieren, was Du gesagt hast, Maria. Ich habe gesagt, es stimme nicht, zu dem Votum, in dem der Stadtrat gesagt hat, es gäbe keine andere Möglichkeit. Zu dem Ausschnitt, den ich gezeigt habe von Tele Züri. Dazu habe ich gesagt, das stimme nicht. Ich habe bewusst nicht eine Person angesprochen bei der Kritik. Ich habe gesagt der Stadtrat als Ganzes. Ich weiss nämlich auch nicht, wo es ganz genau ist.

Aber ich möchte schon sagen: Die Zeichen vor einem Jahr waren so, dass man das mit der PI am schnellsten hinbringen würde. Im Übrigen durchaus auch von den Seiten, wo Ihr jetzt seid. Ich dachte damals, das sei das schnellste Instrument, weil wir das Gefühl hatten, es würde auch Hand geboten. Und ich meine, der Vorwurf jetzt ist, als die SBK angefragt hat, dass man doch keinen Bericht mehr machen müsse, sondern direkt an die Umsetzungsvorlage gehen könne. Und dieser Punkt, dass man dort nicht darauf eingestiegen ist, das ist für mich die Verzögerungstaktik.

Ja, ich kann sonst nicht mehr dazu sagen.

Stadträtin Ch. Meier: Ich wollte eigentlich viel heftiger reagieren, aber jetzt haben mir gewisse Leute gewisse Voten bereits abgenommen. Und das hilft mir jetzt, wieder ein bisschen sachlicher an das heranzugehen.

Trotzdem, Kaspar Vogel, Du hast gesagt, der Stadtrat sei am Täubeln. Es ist so: Wir haben aus sachlichen Gründen grosse Fragezeichen, was die Umzonung dieser Landwirtschaftszone angeht. Im Kanton Zürich hat die Umzonung von Landwirtschaftszone riesige Hürden und das ist zu Recht so. Wir haben immer noch die Haltung, dass wir diese Umzonung

ENTWURF

schwierig finden, und zwar einfach, weil wir das übergeordnete öffentliche Interesse da nicht sehen.

Trotzdem habe ich der SBK gegenüber Wege aufgezeigt, wie wir möglichst schnell zu einer Klärung kommen. Meine erste Überlegung war, macht doch diese Motion, gebt uns ganz klar den Auftrag, dann gehen wir dahinter. Nachher, das stimmt, haben wir diesen Brief geschrieben. Wir mussten die Situation auch einfach noch analysieren. Und wir haben gemerkt: Noch schneller als mit einer Motion wäre es, wenn das Parlament im Rahmen der Behandlung des kommunalen Richtplans – das kommt nämlich im Sommer ins Parlament – den Widerspruch, der im Moment im Richtplan da ist, beheben würde. D.h. wir schreiben, dass wir dort kein übergeordnetes Interesse sehen. Das wäre am Parlament, das zu beheben, und das ginge noch schneller.

Ich habe also aufgezeigt, wie man möglichst schnell zu einer Klärung kommt. Denn da sind wir uns wohl wirklich einig: Für alle Beteiligten – für die Betreiberinnen des Ponyhofs, für die Kinder, die dort reiten, für den Stadtrat, für das Parlament – ist es im grössten Interesse, möglichst schnell eine Klärung zu haben. Und dafür habe ich Wege aufgezeigt. Und ich glaube nicht, dass man dem Täubeln sagt. Nicht so, wie ich «Täubeln» in meinem Sprachgebrauch benutze.

Wir haben es schon einmal gehört: Es hat hier drinnen garantiert niemand irgendetwas gegen Ponys. Meine Kinder gingen vor ungefähr 15 Jahren ebenfalls im Schweikhof reiten und haben ganz schöne Erinnerungen daran. Um das geht es wirklich nicht.

Heute sprechen wir von einer Umzonung von einer Landwirtschaftszone in eine Erholungszone 2. Das müssten wir nämlich haben, um den Ponyhof rechtmässig betreiben zu können. Die inhaltlichen und die prozessualen Hürden für eine Umzonung von einer Landwirtschaftszone sind im Kanton Zürich sehr hoch. Ein solcher Prozess muss deshalb korrekt aufgegleist und wasserdicht durchgeführt werden, sonst ist er zum Scheitern verurteilt. Damit das gewährleistet ist, dass das korrekt durchgeführt wird, müssen sich auch die Planungsprofis bei mir im Departement nochmals ziemlich hineinknien. Die Vorprüfung des Kantons hat nämlich gesagt, dass theoretisch eine Umzonung möglich wäre, aber sie hat ganz klare Bedingungen gestellt: Nämlich dass man alternative Standorte in bestehenden Erholungszonen prüft. Das ist etwas, was wir unbedingt machen müssen. Wenn wir das nicht machen, machen wir einen groben Formfehler. Und dann ist der Rekurs gegen eine solche Auflage vorprogrammiert. Und dann haben wir sicher keine Zeit gewonnen, im Gegenteil, dann ist dieser Prozess unter Umständen für Jahre blockiert. Und das ist der Hauptgrund, weshalb der Stadtrat eben keine Verfahrensabkürzung anbietet. Wir können nicht auf die gewünschte direkte Erheblicherklärung eingehen, weil wir Zeit brauchen, um genau diese Abklärungen zu machen, damit wir den Prozess sauber machen können.

Was ich aber hier versprechen kann und das darf man sehr gerne auch zu Protokoll geben: Wenn diese Motion überwiesen wird, dann werden wir selbstverständlich vorwärtsmachen. Wir werden nicht irgendwie herumtrödeln und versuchen, Zeit zu schinden, sondern wir wollen vorwärtsmachen. Aber wir müssen Zeit haben, um die nötigen Abklärungen zu treffen. Und der Auftrag des Parlaments ist wirklich wichtig. Der heutige Reitbetrieb befindet sich zonenfremd in der Landwirtschaftszone. Der Stadtrat ist nach wie vor der Ansicht, dass an dieser Lage das Interesse an un bebauter Landschaft und an der Verbesserung der Biodiversität überwiegt und kein Bedarf an einem zusätzlichen Erholungsgebiet besteht, denn wir haben Erholungsgebiet.

Es ist im Entwurf des neuen kommunalen Richtplans, das habe ich vorhin schon gesagt, so festgehalten. Und der Widerspruch wurde auch bei der kantonalen Vorprüfung bemängelt. Wie gesagt: Dieser Richtplan kommt im Sommer ins Parlament. Und wenn Sie eine Mehrheit haben, dann können Sie diesen Widerspruch beheben.

Ebenfalls wird vom Kanton der Nachweis gefordert, dass keine anderen Erholungszonen als alternative Standorte in Frage kommen. Diese Abklärungen müssen wir seriös machen können. Und auch das ist ein Grund, weshalb wir nicht auf den Bericht in der Motion verzichten können.

Sind Sie sich aber bewusst: Auch wenn Sie uns heute die Motion überweisen, wird es noch einige Jahre gehen, bis diese Umzonung wirklich realisiert werden kann. In der Regel dauert

ENTWURF

ein solches Verfahren 2,5 – 4 Jahre. Es braucht ein Auflageverfahren, es braucht eine Festsetzung durch das Parlament, dann braucht es eine Genehmigung durch die Baudirektion. Und gegen diese können Anwohnerinnen und Anwohner rekurrieren. Wir wissen, dass es in der direkten Umgebung des Ponyhofs durchaus kritische Haltungen gibt. Das heisst, wenn wir Verfahrensfehler machen, dann sind diese Rekurse vorprogrammiert und sie werden Erfolg haben. Deshalb müssen wir sauber arbeiten.

Falls die Motion überwiesen wird, plädiere ich ausserdem dafür, dass wir eine etwas offener Formulierungen verwenden können bei der Nutzung. Im Moment, so wie es jetzt formuliert ist, sind einfach nur Reiten und Schiessen vorgesehen. Wir wissen nicht, was in 15 oder 20 Jahren der Bedarf ist. Und wenn Sie uns auf den Weg schicken zu dieser Umzonung, dann würden wir gerne – und auch das könnten wir dann sauber anschauen – eine Formulierung wählen, die einfach eine breitere sportliche Nutzung ermöglichen würde und eben nicht nur das Reiten und Schiessen. Vielleicht gibt es in Zukunft auch einmal andere Bedürfnisse.

Ich glaube, ich habe das Wichtigste gesagt. Wie gesagt, es geht uns allen darum, möglichst schnell eine Klärung herbeizuführen. Und der von uns aufgezeigte Weg ist der sicherste Weg für eine schnelle Klärung.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Wir sind somit abstimmungsreif.

Auch da geht es um die Überweisung der Motion. Wer zustimmen möchte, wird A drücken.

Wer die Motion ablehnen möchte, drückt B.

Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja, 19 Nein, 5 Enthaltungen.

Die Motion ist somit überwiesen.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.87: Begründung des Postulats Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Begründung des Postulats betreffend Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community. Zuerst hat das Wort der Erstpostulant Philippe Weber. Anschliessend ist ein Ablehnungsantrag der SVP bekannt. Philippe Weber, Du hast das Wort.

Ph. Weber (SP): Die Anerkennung als Blue Community ist nicht nur ein weiteres Label, das ja einige in diesem Saal als total unnötig empfinden, sondern es wäre ein Commitment. Es wäre ein Versprechen, dass man Wasser als wertvolles Gut anerkennt, das für alle Menschen auf dieser Welt frei zugänglich sein soll. Ein Versprechen, dass Wasser ein Menschenrecht ist und dementsprechend die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleiben und nicht zu einem weiteren Renditeobjekt werden soll, wie es in gewissen Ländern – auch mit fleissiger Mithilfe von Schweizer Firmen – bereits Realität ist.

Ein weiteres Versprechen wäre, dass man wenn möglich versucht, Hahnenwasser statt Flaschenwasser in der Verwaltung zu servieren. Dass dies problemlos möglich ist, hat sich gezeigt, als wir mit der UBK vor zwei Wochen eine Sitzung in der KVA hatten, wo sehr feines Winterthurer Wasser in Glaskaraffen auf den Tischen bereitstand. Das wäre im Übrigen nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern es würde auch einiges an hart umkämpften Steuergeldern einsparen. Ein Liter bestes Trinkwasser aus dem Hahn kostet im Schnitt 0.25 Rappen, während das Fläschchen, das vor uns allen steht, mit 95 Rappen 760 x teurer ist. Diverse Universitäten, Firmen, sogar Kirchgemeinden (jetzt ist die Kirchenfraktion leider gerade nur halb anwesend – Entschuldigung, ich habe Die Mitte gemeint, die sind ja auch noch christlich, nicht die EVP) sowie moderne und vorbildliche Städte wie unsere Vorbilder Zürich, Bern und St. Gallen haben sich schon als Blue Community committet – und das Beste: Das kostenlos! Es wäre also ein schönes Zeichen, wenn sich auch Winterthur in diese Reihe einordnen würde.

ENTWURF

Und jetzt noch zu Gioia: Ich finde es schön, dass ich heute auch etwas sagen darf, nachdem Du etwas sagen durftest. Wir haben gleichzeitig miteinander über dieses Postulat und Deine Motion gesprochen. Und bei meinem Postulat gibt es für die FDP objektiv gesehen keinen einzigen anderen Grund, um es abzulehnen, als den Absender. Und natürlich menschenfeindlicher Hardcore-Kapitalismus. Aber da habt Ihr ja nichts damit am Hut.

Aber, da bin ich vielleicht Realist genug, um nicht traurig zu sein, dass Ihr dieses Postulat nicht unterstützt, sondern einzig und allein – und jetzt ein kleiner Seitenhieb – ein bisschen irritiert, dass nicht nur Ihr das ablehnt, sondern einmal mehr voraussichtlich auch eine Partei in diesem Saal, die aus wieder einmal unerfindlichen Gründen ein «G» im Namen hat. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Der Ablehnungsantrag wird gestellt von Stefan Gubler (SVP).

St. Gubler (SVP): Danke, Philippe, für die Vorstellung. Wir von der SVP stellen den Ablehnungsantrag. Die Anerkennung als Blue Community bezieht sich auf eine Initiative, die von der Council of Canadians, einer kanadischen Bürgerrechtsorganisation, ins Leben gerufen worden ist. Blue Communities verpflichten sich dazu, Wasser als Menschenrecht zu betrachten, den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu fördern und den Verkauf von Wasser in Plastikflaschen zu verhindern.

Wir haben ein paar Punkte, weshalb wir das nicht unterstützen:

1. Bürokratische Belastung: Die Anerkennung als Blue Community bringt zusätzliche bürokratische Belastungen mit sich. Die Umsetzung und Einhaltung der Grundsätze erfordern zusätzliche Ressourcen und Verwaltungsaufwand, den wir als übermässig empfinden.
2. Einschränkung der Handlungsfreiheit: Wir haben Bedenken hinsichtlich der Einschränkung der Handlungsfreiheit. Die Verpflichtungen als Blue Community werden als zu restriktiv wahrgenommen, insbesondere wenn bereits Massnahmen zum Schutz des Wassers ergriffen worden sind.
3. Wirtschaftliche Auswirkungen: Der Verzicht auf den Verkauf von Wasser in Plastikflaschen könnte sich negativ auf lokale Unternehmen auswirken, die solche Produkte herstellen oder verkaufen. Das kann zu wirtschaftlichen Einbussen führen.
4. Priorisierung von Themen: Wir denken, dass es wichtigere Themen gibt, denen wir die Ressourcen und Aufmerksamkeit widmen sollten.
5. Abwägung von Umweltaspekten: Obwohl die Initiative auf Umweltschutz abzielt, ist es so, dass die Umweltauswirkungen von Plastikflaschen im Vergleich zu anderen Umweltproblemen gering sind. Daher sollten wir uns auf effektivere Umweltschutzmassnahmen konzentrieren.

Deshalb stellen wir von der SVP den Ablehnungsantrag. Danke für die Aufmerksamkeit.

A. Büeler (Grüne/AL): Immer wieder sehe ich in Winterthurer Einkaufsläden, wie Leute kistenweise Wasser in Flaschen heimschleppen. Bei Stadtwerk kann man für 80 Rappen 1'000 Liter Wasser von bester Qualität kaufen und es wird noch kühl frei Haus geliefert. Wenn man besser vermitteln könnte, dass das Winterthurer Leitungswasser qualitativ mindestens so gut wie Flaschenwasser ist, aber 1'000 x günstiger, dann hat sich das Postulat bereits gelohnt. Es ist auch wirtschaftlicher.

Viel wichtiger für uns von den Grünen/AL sind aber die von Philippe bereits erläuterten ökologischen und sozialen Werte, welche Blue Communities vertreten. Das meiste, was für die Selbstverpflichtung gefordert ist, wird stadintern heute schon gemacht. Es ist also keine zusätzliche bürokratische Belastung, sondern Winterthur kann mit einfachen Mitteln den Wert von Wasser noch sichtbarer machen. Eine Anerkennung als Blue Community ist deshalb vor allem ein ideales Instrument zur gezielteren Kommunikation an die Bevölkerung.

Zudem müssen wir der Qualität unseres Wassers auch Sorge tragen. Unzählige Stoffe als Abbild unseres Lebensstils enden als langlebige problematische Substanzen im Wasser. Solche Verunreinigungen bringen wir, wenn überhaupt, nur noch mit teuren und immer aufwändi-

ENTWURF

geren Anlagen aus dem Wasser. Ich lebe als Ingenieur zwar von diesen technischen Lösungen, aber manchmal wäre es zielführender, wenn man auch bei der Quelle ansetzen würde. Da bieten Veranstaltungen unter dem Label Blue Community grösste Chancen zur Sensibilisierung. Ich bin deshalb nicht damit einverstanden, dass dies kein wichtiges Thema ist. Trinkwasser ist eines der Grundbedürfnisse, noch vor vielem anderen, was wir hier drinnen schon diskutiert haben.

Deshalb danke für Eure Unterstützung zur Anerkennung von Winterthur als Blue Community. Setzen wir ein starkes Zeichen für das Menschenrecht Wasser und den sorgfältigen Umgang damit!

U. Bänziger (FDP): Vielen Dank an Philippe Weber, dass ich jetzt die Plattform ergreifen kann als menschenfeindlicher Hardcore-Kapitalist und mein Votum entsprechend geben zu können. Es sind alles sehr salbende Voten – ausser das Ablehnungsvotum natürlich – gewesen bisher. Aber die FDP-Fraktion sieht einfach schlichtweg keinen Mehrwert im Inhalt des Postulats und wird das auch entsprechend ablehnen.

Wenn Sie auf die Website dieser Organisation gehen, werden Sie sehen, dass es vier Grundsätze gibt der Blue Community in der Schweiz.

Das erste ist die Anerkennung von Wasser als Menschenrecht, was die Schweiz schon macht, über die Verfassung, weil sie die UN-Menschenrechts-Charta mitunterscriben hat – bereits erfüllt.

Wasserdienstleistungen bleiben in der öffentlichen Hand – und auch von der menschenverachtenden Seite des Parlaments ist wirklich nichts in petto, dass wir gerne Stadtwerk privatisieren möchten. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das wahrscheinlich zero Chance hätte hier.

Leitungswasser anstelle von Flaschenwasser finde ich auch sehr sinnvoll, aber der liberale Weg ist natürlich: Nehmen Sie Ihre eigene Flasche mit. Am liebsten natürlich in Blau, der FDP-Farbe.

Und der vierte Grundsatz ist, eine Blue Community pflegt öffentliche Partnerschaften mit internationalen Parteien. Hand aufs Herz: Wer kennt schon wieder die vier Städtepartnerschaften und wann genau haben wir uns das letzte Mal mit ihnen ausgetauscht? Okay, La Chaux-de-Fonds kennen wir jetzt. Wie steht es mit Yverdon-les-Bains oder Hall im Tirol oder Pilsen in Tschechien? Sie sehen es. Wir sind denkbar schlecht, um uns international als Stadt einzubringen und Partnerschaften zu pflegen mit anderen Parteien. Entsprechend, wie ich gesagt habe, wir sehen für uns keinen Mehrwert und lehnen es deshalb ab.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Geschätzte Anwesende, ich bin mir fast zu 100% sicher, dass jede Person in diesem Raum Zugang zu sauberem Trinkwasser hat. Wir können ohne Bedenken den Wasserhahn aufdrehen und wissen, dass wir uns über die Wasserqualität oder darüber, dass überhaupt Wasser rauskommt, keine Sorgen machen müssen. Weil es aber auf dem grössten Teil der Welt anders ist, gehören wir dementsprechend zu einer privilegierten Minderheit. Das wissen wir.

In vielen Ländern werden sämtliche Wasserzugänge privatisiert. Bewohnerinnen und Bewohnern wird dadurch der freie Zugang zu Trinkwasser verhindert. Es stellt sich auch die Frage, ob denn sonst Trinkwasser in Trinkwasserqualität vorhanden wäre. Wir reden hier nicht nur von einem Brunnen in einem Dorf, sondern auch von Wasserhähnen in Wohnungen und Häusern. Durch das, dass die Wasserquellen für wirtschaftliche Zwecke sozusagen reserviert werden, kommt das Wasser in den Haushalten zu kurz. Die Wasserknappheit ist weltweit ein grosses Problem. Und wenn wir von sauberem Wasser sprechen, weltweit, sind folgende Kriterien zu beachten:

1. Das Wasser darf nicht verfärbt sein.
 2. Das Wasser darf keinen auffälligen Geruch aufweisen.
 3. Das Wasser darf keinen auffälligen Geschmack tragen.
 4. Das Wasser muss schadstofffrei sein und auch auf Schadstoffe getestet worden sein.
- Tatsächlich werden diese Kriterien nur von wenigen Städten oder nur von wenigen Regionen auf der Welt erreicht. Wir sind hier im Westen wirklich privilegiert.

ENTWURF

Wasser gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen des Menschen. Das Wasser lebensnotwendig ist, ist uns allen bewusst. Trotzdem lehnt die Mitte/EDU-Fraktion die Überweisung des Postulats ab. Mit den folgenden Gründen:

1. Die Mitte/EDU-Fraktion glaubt nicht daran, dass das Postulat für die Stadt Winterthur keine Kosten verursacht. Das Label, die Mitgliedschaft beim Label, mag zwar kostenlos sein, dessen Betreuung und die lokale Umsetzung wie die Einführung des Verzichts auf Pet-Flaschen wird allerdings Ressourcen binden und entsprechend Kosten verursachen.
2. Die Fraktion glaubt nicht daran, dass das Postulat oder die Blue Community den Zugang zu Trinkwasser weltweit in absehbarer Zeit verbessern wird. Es gibt Länder, in denen der Staat nicht so funktioniert wie bei uns. Ohne den Zugang zu gekauftem Flaschenwasser – verkauft von Privaten – würden die Menschen in vielen Ländern nur verdrecktes Flusswasser trinken und hätten kein sauberes Trinkwasser. Natürlich muss dieses Wasser bezahlbar sein. Es kann aber nicht Aufgabe der Stadt Winterthur sein, Wasserpreise auf der ganzen Welt festzusetzen oder zu kontrollieren.
3. Auch lokal können wir keinen Mehrwert einer Mitgliedschaft erkennen. Die Stadt und namentlich Stadtwerk kann auch ohne dieses Postulat die Vorzüge unseres Leitungswassers als Trinkwasser bekannt machen. Dies wird ein Stück weit, in bescheidenem Umfang, bereits getan. Es dürfte mehr davon sein.

N. Ernst (GLP): Die GLP unterstützt das vorliegende Postulat nicht, das ist richtig. Nicht, weil uns das Anliegen Wasser nicht am Herzen liegt, sondern weil das angestrebte Label, über das wir heute Abend sprechen, für uns als Stadt Winterthur keine strategische Priorität hat. Auch wenn das Label per se nichts kostet, hat eine solche Zertifizierung auf Verwaltungsebene sehr wohl ihren Preis. Sie bringt nämlich Arbeitsaufwand mit sich. Und dass Ressourcen, Arbeitsressourcen, endlich sind, das sehen wir, Philippe, als Partei, die neben dem «G» eben auch das «L» im Namen hat, halt auch. Danke.

M. Wackerlin (SVP): Es kann natürlich nicht unwidersprochen bleiben: Die einzige moralische Wirtschaftsform ist der Kapitalismus. Und wenn man schaut, wie viele Menschen der Sozialismus und der Kommunismus in das Verderben gezogen hat und immer noch in das Verderben zieht, dann wäre ich sehr, sehr ruhig auf Deiner Seite. Der Vorstoss selbst ist natürlich schlicht und einfach überflüssig.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ja, lieber Marc, ich glaube, ich unterlasse es jetzt zu später Stunde, noch eine Lanze zu brechen für die soziale Marktwirtschaft. Ich glaube, wir wissen alle, wie die Parteiprogramme der Kollegen und Kolleginnen aussehen.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte jetzt nicht in die Grundsatzdebatte einsteigen, was wir in Winterthur am besten für eine Weltordnung haben sollten. Ich möchte eigentlich nur auf die vier Punkte hinweisen, die an sich sehr unterstützenswert sind. Ich muss einfach sagen: Mindestens bei den ersten drei muss ich a prima vista sagen, danach leben wir bei Stadtwerk und bei der Stadt Winterthur mehrheitlich bereits. Philippe Weber hat es gesagt: Bei uns gibt es vorwiegend Leitungswasser. Wenn ich an die UBK-Sitzungen gehe, dann bekomme ich häufig ein Fläschchen. Aber da wärst Du auf der Treiber-Seite, dort bist Du der Chef. Bei Stadtwerk bin ich der Chef. Also von daher hättest Du auch noch ein bisschen Potenzial, um diesen Grundsätzen nachzuleben. Beim 4. Punkt, wenn ich das einfach mal lese, habe ich etwas Mühe damit. Wenn es darum geht, dann die Partnerschaften mit internationalen Partnern zu pflegen, das ist jedes Mal mit Flugreisen oder anderen Reisen verbunden und das führt jeweils zu einem CO₂-Ausstoss. Also da sind wir an sich eher angehalten, dass unsere Verwaltung und auch wir als Stadtrat nicht wahnsinnig viel herumreisen, denn das hat immer auch einen Fussabdruck zur Folge. Also beim 4. Punkt weiss ich nicht, was das ökologisch für einen Mehrwert bedeutet. Bei den anderen Punkten: Wir machen schon seit Jahren beim Weltwassertag mit und da haben wir engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die da immer Rede und Antwort stehen im Graben und auch für Referate zuständig sind. Also da kann ich sagen, da sind wir diesen Zielen

ENTWURF

schon sehr weit verpflichtet. Nicht weil wir die Blue Community kennen, sondern weil wir einfach die innere Überzeugung haben, dass wir dem nachleben.

Im Grundsatz, wenn man im Zweifel ist, ob man einem Label zustimmen soll oder nicht, dann habe ich es lieber, dass wir ein Label weniger machen und dafür besser mit Taten brillieren, also mit einem zusätzlichen Label in unserer Galerie voller Labels. Da haben wir an sich schon genügend.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Stefan. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer dem Postulat zustimmen möchte, drückt A. Wer es ablehnen möchte, soll B drücken. Die Abstimmung startet jetzt.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja, 27 Nein. Stichentscheid Präsidentin: 28 Ja, 27 Nein.
Das Postulat ist somit überwiesen.

Ich danke Euch allen für Euer Engagement heute Abend. Ich glaube, wir haben das alle sehr gut gemeistert, das erste Mal mit dieser Abstimmungsanlage. Ich möchte nochmals kurz erwähnen: Morgen Vormittag kommt die Medienmitteilung heraus zum Tag der offenen Tür am nächsten Samstag. Wer kommen möchte: Der Architekt wird anwesend sein und die Künstler und Künstlerinnen der Bilder draussen. Und jemand vom Parlamentsteam wird in Form eines Quiz die Abstimmungsanlage demonstrieren. Wie gesagt, morgen könnt Ihr dann alle Details der Medienmitteilung entnehmen.

Vielen Dank für Euer Engagement und ich wünsche Euch allen einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
22.Januar.2024 18:30:28
Änderung Ziff. 3

Anwesend
Stimmberechtigt
A: Fassung SBK
B: Fassung Stadtrat
Enthaltung
Abgestimmt
Nicht abgestimmt

65
55
53
0
0
53
2

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Bänziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Perleza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin

[illegible]

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
22.Januar.2024 18:31:38
Neue Ziff. 4 (Vollzug Entwurmung nach Baubewilligung)

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

65
55

54
0
0

54
1

Name

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Bänziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Perlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin

[illegible]

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
22.Januar.2024 18:33:17
Anträge 1 - 4 (Fassung SBK)

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

65
55

34
19
1

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

54
1

Name

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Bänziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Perlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin

[illegible]

Abstimmungstitel**4. Begründung Motion betr. Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

22. Januar 2024 20:33:06

Abstimmungsfrage

Überweisung

ErgebnisAnwesend
Stimmberechtigt64
56A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung14
39
0Abgestimmt
Nicht abgestimmt53
3**Individuelle Ergebnisse****Name**

Angele Philipp
Bachmann Jürg
Bänziger Urs
Bernhard Marc
Blum Martina
Bopp Kaspar
Büeler Andreas
Casutt Sarah
Cometta Kathrin
Diener Reto
Dürr Renate
Ernst Nora
Fehr Jan
Frei Glowatz Katharina
Fritschi Stefan
Furrer Andrea
Galladé Nicolas
Geering Andreas
Gfeller Selim
Gisler-Burri Gabriella
Gnesa Marilena
Gonçalves Simon
Griesser Christian
Gross Michael
Gschwind Thomi
Gubler Stefan
Hager Katja
Hartmann Christian
Helbling-Wehrli Beatrice
Helg Felix
Heuberger Romana
Hofer Urs
Holderegger Nicole
Hugentobler Roman
Huizinga Barbara
Isler Walter
Jacot-Descombes Lea
Keller Regula
Kocher Samuel
Kramer-Schwob Franziska
Künzle Michael
Künzler Fredy
Kuster Iris
Lischer Maria
Maier Christian
Meier Christa
Merz Livia
Nater Markus
Oeschger Benedikt
Oswald Daniel
Perroulaz Raphael
Porlezza Gioia
Praetorius Julius
Rednerpult
Roth-Nater Daniela
Sorgo Maria
Staub Olivia
Steiner Markus
Steiner Annetta
Stritt Gabriela
Studer Lisa
Tobler Raphael
Vogel Kaspar
Wackerlin Marc
Weber Philippe
Werner Pascal A.
Würzer Alexander
Zäch Benedikt
Zehnder Martin

Ergebnis

B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
B: Ablehnung
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Präsident
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht abgestimmt
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht abgestimmt
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht abgestimmt
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
22.Januar.2024 21:03:23
Überweisung

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

65
56

43
12
0

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

55
1

Name

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Bänziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Perleza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin

B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Präsident
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung

Abstimmungsmodus
Abstimmungsdatum
Abstimmungsfrage

Offen
22.Januar.2024 21:38:31
Überweisung

Anwesend
Stimmberechtigt

A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung

65
56

31
19
5

Abgestimmt
Nicht abgestimmt

55
1

Name

Angele Philipp
 Bachmann Jürg
 Bänziger Urs
 Bernhard Marc
 Blum Martina
 Bopp Kaspar
 Büeler Andreas
 Casutt Sarah
 Cometta Kathrin
 Diener Reto
 Dürr Renate
 Ernst Nora
 Fehr Jan
 Frei Glowatz Katharina
 Fritschi Stefan
 Furrer Andrea
 Galladé Nicolas
 Geering Andreas
 Gfeller Selim
 Gisler-Burri Gabriella
 Gnesa Marilena
 Gonçalves Simon
 Griesser Christian
 Gross Michael
 Gschwind Thomi
 Gubler Stefan
 Hager Katja
 Hartmann Christian
 Helbling-Wehrli Beatrice
 Helg Felix
 Heuberger Romana
 Hofer Urs
 Holderegger Nicole
 Hugentobler Roman
 Huizinga Barbara
 Isler Walter
 Jacot-Descombes Lea
 Keller Regula
 Kocher Samuel
 Kramer-Schwob Franziska
 Künzle Michael
 Künzler Fredy
 Kuster Iris
 Lischer Maria
 Maier Christian
 Meier Christa
 Merz Livia
 Nater Markus
 Oeschger Benedikt
 Oswald Daniel
 Perroulaz Raphael
 Perlezza Gioia
 Praetorius Julius
 Rednerpult
 Roth-Nater Daniela
 Sörgo Maria
 Staub Olivia
 Steiner Markus
 Steiner Annetta
 Stritt Gabriela
 Studer Lisa
 Tobler Raphael
 Vogel Kaspar
 Wackerlin Marc
 Weber Philippe
 Werner Pascal A.
 Würzler Alexander
 Zach Benedikt
 Zehnder Martin

B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Enthaltung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Präsident
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
Enthaltung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
A: Zustimmung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
Enthaltung
A: Zustimmung
Enthaltung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Begründung Postulat betr. Anerkennung Stadt W. als Blue Community**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

22. Januar 2024 21:57:26

Abstimmungsfrage

Überweisung

Ergebnis

Anwesend

62

Stimmberechtigt

55

A: Zustimmung

28

B: Ablehnung

27

Enthaltung

0

Abgestimmt

55

Nicht abgestimmt

0

Individuelle Ergebnisse**Name**

Angele Philipp
Bachmann Jürg
Bänziger Urs
Bernhard Marc
Blum Martina
Bopp Kaspar
Büeler Andreas
Casutt Sarah
Cometta Kathrin
Diener Reto
Dürr Renate
Ernst Nora
Fehr Jan
Frei Glowatz Katharina
Frittschi Stefan
Furrer Andrea
Galladé Nicolas
Geering Andreas
Gfeller Selim
Gisler-Burri Gabriella
Gnesa Marilena
Gonçalves Simon
Griesser Christian
Gross Michael
Gschwind Thomi
Gubler Stefan
Hager Katja
Hartmann Christian
Helbling-Wehrli Beatrice
Helg Felix
Heuberger Romana
Hofer Urs
Holderegger Nicole
Hugentobler Roman
Huizinga Barbara
Isler Walter
Jacot-Descombes Lea
Keller Regula
Kocher Samuel
Kramer-Schwob Franziska
Künzle Michael
Künzler Fredy
Kuster Iris
Lischer Maria
Maier Christian
Meier Christa
Merz Livia
Nater Markus
Oeschger Benedikt
Oswald Daniel
Perroulaz Raphael
Porlezza Gioia
Praetorius Julius
Rednerpult
Roth-Nater Daniela
Sorgo Maria
Staub Olivia
Steiner Markus
Steiner Annetta
Stritt Gabriela
Studer Lisa
Tobler Raphael
Vogel Kaspar
Wackerlin Marc
Weber Philippe
Werner Pascal A.
Würzer Alexander
Zäch Benedikt
Zehnder Martin

Ergebnis

B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
B: Ablehnung
Kein Abstimmrecht
Kein Abstimmrecht
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
Kein Abstimmrecht
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
Nicht anwesend
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung
A: Zustimmung
A: Zustimmung
B: Ablehnung